

Nachhaltigkeitserklärung 2008–2011

zwischen dem Solothurnischen Bauernverband SOBV und dem Kanton Solothurn

1 Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Der Solothurnische Bauernverband (SOBV) unterstützt mit verschiedenen Massnahmen eine Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des SOBV und des Kantons Solothurn in den Jahren 2008 – 2011.

Diese zweite Nachhaltigkeitserklärung des SOBV stellt eine Weiterführung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitserklärung 2004 – 2007 dar. Anpassungen und Ergänzungen wurden aufgrund der Erfahrungen aus der ersten Nachhaltigkeitserklärung vorgenommen. Die Aktivitäten unterliegen einem Controlling durch die Kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 SO (Geschäftsstelle LA 21) und die kantonale Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung. Andere (politische) Aktivitäten des SOBV und des Kantons Solothurn werden durch diese Erklärung nicht berührt.

2 Ziel der Nachhaltigkeitserklärung

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des SOBV und des Kantons Solothurn, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten. Beide Seiten beabsichtigen, bis Ende 2011 verschiedene Massnahmen im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung umzusetzen.

Kontakt:

Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 Kt. Solothurn • c/o Verein Region Thal • Tiergartenweg 1 • 4710 Balsthal
t: 062 386 12 30 • e: info@agenda21-so.ch • i: www.agenda21-so.ch

Bauernsekretariat Solothurn • Obere Steingrubenstrasse 55 • Postfach • 4503 Solothurn
t: 032 628 60 60 • e: info@sobv.ch • i: www.sobv.ch

3 Umsetzungsprogramm

3.1 Strukturelle Entwicklung der Solothurner Landwirtschaft

Mit der strukturellen Veränderung in der Landwirtschaft werden neue Rahmenbedingungen für die künftige Ausrichtung der Landwirtschaftsbetriebe im Kanton Solothurn geschaffen. Über die Informations- und Beratungsaktivitäten nimmt der SOBV Einfluss auf die strategischen Entscheide der Einzelunternehmen.

Unterbereiche Ziele	Indikatoren	Leistungen/Massnahmen		Begründung / mögliche relevante Wirkungen		
		SOBV	Kanton	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
Weiterentwicklung Agrarstrategie nach den Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung.	Agrarstrategie ist mindestens alle zwei Jahre Thema im Vorstand oder eines Seminars.	- Macht Stärken und Schwächen des Landwirtschaftssektors in Landwirtschaft und Politik bewusst. - Setzt Prioritäten. - Informiert, überprüft periodisch. - Diskutiert die Agrarstrategie laufend und entwickelt sie gemeinsam mit der Basis weiter.	- Unterstützt fachlich. - Arbeitet bei periodischer Überprüfung mit.	<i>Mittel</i> Rentable Betriebe können ökologischer arbeiten.	<i>Gross</i> Besseres Ergebnis durch richtige Ausrichtung des Betriebes. Landwirtschaft als wesentlicher Faktor der Volkswirtschaft.	<i>Mittel</i> An die hiesigen Gegebenheiten angepasste Landwirtschaft, welche die Konsumentenbedürfnisse ernst nimmt.
Strategisch gut positionierte Betriebe.	Anzahl Informationsveranstaltungen in Bezirksvereinen.	- Informiert und sensibilisiert. - Leitet zur Umsetzung in der Praxis an. - Thematisiert die strategische Ausrichtung und Planung. - Fördert die bewusste Weiterentwicklung der Betriebe.	Informiert und berät die Bauern.	<i>Gross</i> Bewusstes Miteinbeziehen der Umweltdimension bei Fragen der Betriebsausrichtung.	<i>Gross</i> Ausrichtung der LW-Betriebe auf die künftigen Herausforderungen. Optimierung des Betriebsergebnisses.	<i>Mittel</i> Erhaltung der Landwirtschaft als wichtiger sozialer Partner.

3.2 Umweltgerechte Produktion

Mit einer umweltgerechten Produktion kann die Landwirtschaft wesentlich zu den Nachhaltigkeitszielen unserer Gesellschaft beitragen. Der SOBV kann bei den Landwirten für eine bessere Akzeptanz der Massnahmen einstehen.

Unterbereiche Ziele	Indikatoren	Leistungen/Massnahmen		Mögliche relevante Wirkungen		
		SOBV	Kanton	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
10-15% naturnah bewirtschaftete Flächen; Erreichung der Flächenziele MJP N+L.	Flächen gemäss Direktzahlungs-Abrechnung des Bundesamts für Landwirtschaft. Erreichungsgrad Flächenziele MJP N+L.	• Informiert und sensibilisiert. • Nimmt gegenüber Bauern positiv Stellung.	• Unterstützt im Rahmen des MJP N+L.	Gross • Erhaltung einheimischer Tier- und Pflanzenarten. • Erhaltung einer reich strukturierten Landschaft. • Schutz von Wasser, Boden, Luft und Klima.	Klein • Schaffung von Zusatzeinkommen.	Gross • Förderung Wohn- und Erholungsraumqualität. • Förderung positives Image und Akzeptanz der Landwirtschaft.
Vernetzungsprojekte nach OGV.	Anzahl realisierter Projekte.	• Informiert und sensibilisiert. • Unterstützt Projektgruppen fachlich.	• Informiert und sensibilisiert. • Unterstützt Projektgruppen fachlich.	Gross • Erhaltung einheimischer Tier- und Pflanzenarten. • Erhaltung einer reich strukturierten Landschaft. • Schutz von Wasser, Boden Luft und Klima.	Klein • Schaffung von Zusatzeinkommen.	Gross • Förderung der Wohn- und Erholungsraumqualität. • Förderung positives Image und Akzeptanz der Landwirtschaft.
Reduktion der Ammoniakemissionen.	Mit Schleppschlauch ausgebrachte Güllemenge. Anzahl Beratungsveranstaltungen der Bezirksvereine.	• Fördert das Schleppschlauchverfahren durch Information, Sensibilisierung und Beratung.	• Beitrag an Ausbringung aus MJPL. • Information und Weiterbildung. • Einzelberatungen.	Gross • Erhaltung und Verbesserung der Luftqualität • Reduktion der Nährstoffeinträge in Wald, Gewässer und Extensivstandorte.	Mittel • Reduktion der Ammoniakverluste. • Bessere Nutzung des Hofdüngers.	Mittel • Förderung der Gesundheit. • Reduktion von Geruchsimmissionen. • Förderung positives Image und Akzeptanz der Landwirtschaft.
Verminderung der Boden-erosion durch Förderung angepasster Bewirtschaftungsmethoden auf Risikoflächen.	Flächen, für welche Massnahmenpläne erstellt wurden.	• Informiert mittels Bauernzeitung und über die Bezirksvereine.	• Beratung der Landwirte und der Gemeinden. • Ausarbeitung der Massnahmenpläne mit den betroffenen Landwirten. • Förderung des Erfahrungsaustauschs unter den Landwirten.	Gross • Erhaltung und Verbesserung der Wasser- und Bodenqualität.	Mittel • Vermeidung von Schäden an Infrastrukturanlagen. • Einkommenserhöhung. • Erhaltung des Produktivkapitals. • Reduktion der Bodenverluste. • Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit. • Reduktion der Schäden bei grossen Niederschlägen an Infrastruktureinrichtungen.	Mittel • Förderung positives Image und Akzeptanz der Landwirtschaft. • Reduktion der Arbeitsbelastung.
Reduktion Feinstaubemissionen aus offenen Feuern.	Anzahl Verzeigungen. Anzahl Reklamationen.	• Informiert und sensibilisiert mittels Bauernzeitung und Webseite.		Gross • Reduktion des Feinstaubes.	Mittel • Reduktion von Wintersomogsituationen.	Mittel • Förderung der Gesundheit. • Reduktion von Geruchsimmissionen. • Förderung positives Image und Akzeptanz der Landwirtschaft.

3.3 Öffentlichkeitsarbeit

Unterbereiche	Indikatoren	Leistungen/Massnahmen		Mögliche relevante Wirkungen		
		SOBV	Kanton	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
Ziele						
„Landwirtschaft erleben - Landwirtschaft verstehen“ Öffentliche Flurbegehung: Information über Landwirtschaft und natürliche Kreisläufe.	Anzahl Veranstaltungen. Anzahl Teilnehmende.	• Lancierung des Projekts „Flurbegehungen“.	• Unterstützung im Rahmen des MJPL. • Ausarbeitung der Themenmodule.	<i>Gering</i>	<i>Mittel</i> Bewussteres Einkaufsverhalten (z.B. regionale Produkte).	<i>Gross</i> Förderung des Verständnisses für die Landwirtschaft und das Erkennen natürlicher Zusammenhänge. Förderung positiver Image und Akzeptanz der Landwirtschaft.
Schule auf dem Bauernhof.	Anzahl Betriebe. Anzahl Schulklassen/ Schüler. Anzahl Schultage.	• Projekt SCHUB weiterführen. • Bei Bedarf Organisation von Kursen für interessierte Bauernfamilien.	• Regelmässige Publikation im Schulblatt. • Unterstützung über MJPL (Projekt SOBV).	<i>Gross</i> Naturräume. Erneuerbare Ressourcen Wasser, Boden, Luft, Klima.	<i>Mittel</i> Einkommenserhöhung. Marktmechanismen, Kostenwahrheit.	<i>Gross</i> Förderung der Gesundheit. Sensibilisierung für Art und Herkunft der Nahrungsmittel. Lässt Zusammenhänge zwischen Natur, Landwirtschaft und Ernährung begreifen. Fördert Verständnis für Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Stellt den Bezug zur Produktion einheimischer Nahrungsmittel her.

3.4 Sozial nachhaltige Landwirtschaft

Unterbereiche	Indikatoren	Leistungen/Massnahmen		Mögliche relevante Wirkungen		
Ziele		SOBV	Kanton	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
Überbetriebliche Zusammenarbeit.	Anzahl Vertragsabschlüsse. Anzahl Beratungsgespräche. Anzahl Referate.	- Information. - Unterstützung der Betriebe bei der Ausarbeitung der notwendigen Verträge und Abrechnungsmodelle.	Informiert an Veranstaltungen des Wallerhofs.	<i>Mittel</i> Bessere Auslastung der vorhandenen Mechanisierung und erleichterter Umstieg auf neue, umweltschonendere Technologien.	<i>Gross</i> Kosteneinsparungen für beteiligte Betriebe.	<i>Mittel</i> Verbessertes Management. Persönlicher Austausch, soziale Kontakte. Entlastung durch das Brechen von Arbeitsspitzen.
Betriebsheiferdienst.	Anzahl Einsatztage.	Organisation Betriebsheiferdienst und Springerdienst.	Ideelle Unterstützung.	<i>Gering</i>	<i>Mittel</i> Aushilfe in Notfällen zu erschwinglichen Kosten.	<i>Gross</i> Sicherstellung einer Notfallorganisation für Tierhaltungsbetriebe. Vermeidung von Notfällen in der Tierbetreuung. Entlastung von Betrieben, welche von Unfällen oder Krankheiten betroffen sind.
Brückenangebote für Schulabgänger ohne Lehrstelle.	Anzahl Schulabgänger, welche von einem Brückenangebot profitieren.	Übernimmt Trägerschaft des Projekts „Startpunkt Wallerhof“.	Fachliche Unterstützung.	<i>Gering</i>	<i>Mittel</i> Jugendliche packen als wertvolle Arbeitskräfte auf dem Betrieb mit an.	<i>Gross</i> Erleichtert Jugendlichen den Einstieg in die Berufswelt. Bekanntmachung der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft. Entlastung der Bauernfamilien.

4 Attest des Regierungsrates des Kantons Solothurn

Der Regierungsrat attestiert dem SOBV vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

5 Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Der SOBV und der Kanton Solothurn legen mit einem gemeinsamen Controlling-Bericht per 31.12.2011 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

Die Geschäftsstelle LA 21 stellt die erbrachten Leistungen des Kantons zur Unterstützung des SOBV bei der Realisierung der Massnahmen zusammen. Der SOBV und die Geschäftsstelle LA 21 beurteilen anschliessend gemeinsam den Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitserklärung und sorgen für die Berichterstattung darüber.

Der Regierungsrat bietet dem SOBV eine Plattform, seine Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung öffentlich bekannt zu machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medienanlässe, etc.).

6 Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2011. Die Geschäftsstelle LA 21 und der SOBV bereiten eine allfällige Verlängerung rechtzeitig vor und unterbreiten sie den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung.

Solothurn, 19. August 2008

Solothurnischer Bauernverband SOBV



Samuel Keiser, Präsident



Peter Brügger, Sekretär

Trägerschaft Agenda 21 Kt. Solothurn



Walter Straumann, Regierungsrat, Präsident



Bürgergemeinden und Waldeigentümer
Verband Kanton Solothurn **BWSolothurn**

 **KANTON** ***solothurn***

Nachhaltigkeitserklärung

2007-2010

18. Juni 2007

Nachhaltigkeitserklärung

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine nachhaltige Entwicklung an.

Der Bürgergemeinden und Waldeigentümer Verband Solothurn (BWSO) unterstützt mit verschiedenen Massnahmen eine nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des BWSO und des Kantons Solothurn in den Jahren 2007 - 2010. Diese unterliegen einem Controlling. Andere (politische) Aktivitäten des BWSO und des Kantons Solothurn werden durch diese Erklärung nicht berührt.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des BWSO und des Kantons Solothurn um Nachhaltigkeit.

2. Nachhaltigkeitserklärung des BWSO und des Kantons Solothurn

Der BWSO und der Kanton beabsichtigen, verschiedene Massnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bis Ende 2010 durchzuführen. Die Massnahmen sind in 6 Bereiche (A-F) gegliedert.

Eine ausführlichere Erläuterung der Massnahmen befindet sich im Anhang.

- A. Organisation/Waldbewirtschaftung
- B. Öffentlichkeitsarbeit
- C. naturnahe, umweltgerechte Produktion
- D. Aus-/Weiterbildung im Waldbereich
- E. Interessen-Abwägung
- F. Bürgergemeinde-Anliegen

Neben den laufenden Massnahmen werden für die Umsetzung der neuen Massnahmen Prioritäten gesetzt:

laufende Massnahme

Priorität 1: Umsetzung der Massnahme innerhalb von 3 Jahren bis 2010

Priorität 2: Umsetzung der Massnahme innerhalb von 4 Jahren bis 2011

Priorität 3: Umsetzung der Massnahme innerhalb von 8 Jahren bis 2015

A. Bereich Organisation/Waldbewirtschaftung

Unterbereiche Ziele	Indikator(en)	Leistungen/Massnahmen		Begründung der Massnahme		Mögliche relevante Wirkungen auf		
		BWSo	Kanton	Öffentliches Interesse	Forstwirtschaftliches (Verbands-) Interesse	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
A1 Intensivieren der Energieholz-Förderung - Der Einsatz von Holzenergie wird gefördert. - Der BWSo wird als Kontakt- und Koordinationsstelle für Fragen zur Holzenergie wahrgenommen. - Es besteht eine Zusammenarbeit mit der Energiefachstelle des Kantons	- Kontakt- und Koordinationsstelle wird als solche wahrgenommen und beansprucht. - 10 Anfragen von Mitgliedern pro Jahr - Steigerung des Energieholzabsatzes	- Werbung für Holzenergie / Verbreitung von Information zur Holzenergie - Lokale Kontakt- und Koordinationsstelle für Fragen zur Holzenergie. - Durchführung von Kursen zur Holzenergie - Beratung in Fragen zur Holzenergie	- Finanzielle Unterstützung der BWSo-Aktivitäten - Organisieren und Durchführen von gemeinsamen PR-Aktionen	- Langfristige Sicherung der Energieversorgung dank lokal vorhandenem erneuerbarem Energieträger Holz	- Verbessert die Nutzung einheimischer Ressourcen - Führt zu einem Zusatzeinkommen - Hilft forstliche Infrastruktur für Waldpflege zu erhalten	Gross - Substitution nicht erneuerbarer Ressourcen durch erneuerbare - CO ₂ -Neutralität	Gross - Einkommen - Geringere Auslandsabhängigkeit - Positive Auswirkung auf Forstwirtschaft (Erhalt Primärproduktion) - Arbeitsplätze - Wertschöpfung bleibt in Region	Mittel - Gesundheit - Arbeitsplätze - Erhöhung der Wertschöpfung
A2 Förderung Holzabsatz - Faires und höheres Preisniveau. - Der Holzzuwachs soll genutzt werden. - Waldbewirtschaftung und Holznutzung langfristig erhalten.	- Der BWSo gibt mindestens 1x jährlich Preisempfehlungen über den Rundholzverkauf heraus. - Holznutzung im öffentlichen Wald liegt im Bereich des Zuwachses	- Erschliessung von Absatzkanälen von Waldholz - Durchführung von Holzmarktgesprächen - Herausgabe von Preisempfehlungen - Unterstützung der Aktivitäten zur Realisierung eines Grosssägewerkes	- Liefert Grundlagen für Monitoring (Stichprobeninventur / BAR) - Unterstützt Aktivitäten der Pro Holz für Holzwerbung finanziell	- Förderung des Holzes als vielfältiger Rohstoff - Nachhaltige Waldnutzung	- Verbessert die Nutzung einheimischer Ressourcen - Führt zu einem Zusatzeinkommen - Hilft forstliche Infrastruktur für Waldpflege zu erhalten	Gross - Erneuerbare Ressource - CO ₂ -Speicherung in Holzprodukten - Nutzung einer nachwachsenden, nachhaltigen Ressource	Gross - Einkommen - Marktmechanismen - Erhaltung der forstlichen Strukturen	Mittel - intakte Erschliessung im bewirtschafteten Wald dient der Erhaltung - Nutzung - Arbeitsplätze - Wertschöpfung
A3 Strukturanpassungen - Weitere Reduktion der Betriebseinheiten im Kanton Solothurn. - Betriebseinheiten erhöhen den Integrationsgrad	- Anzahl Betriebseinheiten insgesamt - Mehr eigenständige Betriebseinheiten (höhere Organisationsstufe der Betriebseinheiten)	- macht Werbung für gute Betriebszusammenschlüsse - Stellt gute Beispiele vor - Vermittelt Kontakte - Unterstützt bei Fragen bezüglich Reorganisation	- Unterstützt Aktivitäten zur Strukturanpassung finanziell - Stellt Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung (BAR, Betriebspläne)	- Effiziente Strukturen in der Waldbewirtschaftung sind eine Voraussetzung für die Sicherstellung einer langfristigen, nachhaltigen Waldbewirtschaftung	- Bündelung von kleinen Einheiten - Bessere Positionierung auf dem Holzmarkt dank grösseren Mengen (mehr Einfluss)	Mittel - Grösserflächige Vernetzung von Lebensräumen - Optimierung der Erschliessung - Effizienterer Ressourceneinsatz	Gross - Effizienterer Mitteleinsatz dank Planung in grösseren Einheiten - gebündelter Verwaltungsaufwand - bessere Voraussetzungen für wirtschaftliche Betriebsführung - bessere Auslastung	Mittel - attraktive und qualitativ gute Arbeitsplätze mit Aufstiegsmöglichkeiten
A4 Waldbewirtschaftung im Privatwald - Zusammenarbeit bei der Holzerei und beim Holzabsatz fördern. - Nutzung im Privatwald unter Berücksichtigung des naturnahen Waldbaus erhöhen. - Besseres Ausschöpfen des Zuwachses.	- Holznutzung im Privatwald wird gesteigert	- Unterstützung bei der Organisation von eigentümerübergreifenden Projekten / Arbeiten auch gemeinsam mit öffentlichen Betrieben. - Gute Beispiele bekannt machen -> Waldeigentümer motivieren	- Unterstützt planerische / organisatorische Aktivitäten für eigentümerübergreifende Eingriffe - Finanzielle Unterstützung	- Flächendeckend nachhaltige Waldbewirtschaftung nach einheitlichen Kriterien - Verjüngung der Privatwälder	- Bündelung von kleinen Einheiten	Gross - Naturnahe Bewirtschaftung, natürliche Artenvielfalt (Abkehr von Kulturen/Plantagen)	Mittel - Gebündeltes Auftreten auf dem Holzmarkt - Arbeitsplätze - Zusatzeinkommen für Forstbetriebe	Mittel - Holzversorgung - Arbeitsplätze

B. Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Unterbereiche Ziele	Indikator(en)	Leistungen/Massnahmen		Begründung der Massnahme		Mögliche relevante Wirkungen auf		
		BWSo	Kanton	Öffentliches Interesse	Forstwirtschaftliches (Verbands-) Interesse	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
B1 Info-BWSo - Herausgabe des Info-Bulletins (4x jährlich) - Ist das Verbandsorgan des BWSo - Dient als Plattform für weitere interessierte Kreise	- Anzahl Info-Bulletins - Rückmeldungen zum Inhalt (evtl. periodische Umfrage)	- Herausgabe eines periodischen Info-Bulletins für Mitglieder, Politiker und weitere interessierte Kreise. - Aufklärung über walddrelevante und walddnahe Themen - Sensibilisierung der Leserschaft für Natur- und Umweltthemen (Wald, Allmen-den, Weiden, ...)	- Liefert Inhalte zum Bulletin - Unterstützt Herausgabe finanziell	- Information über wichtige Themen, Veranstaltungen, ... - Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Natur- und Umweltthemen, sowie für die nachhaltige und naturnahe Produktion	- Information der Mitglieder und der Öffentlichkeit über die Tätigkeiten des Verbandes	Mittel - Besseres Verständnis der ökologischen Zusammenhänge in der Natur - Sensibilisierung	Mittel - Holzmarktinformatio-nen zugänglich machen - Förderung Holzabsatz	Mittel - Sensibilisierung auf wichtige Themen
B2 Projekt Internet-Auftritt - Realisierung Internet-Auftritt bis zum 1.1.2008 - Schaffung einer Informationsplattform	- Homepage zugänglich unter www.bwso.ch bis spätestens 1.1.2008	- Realisierung eines eigenen Internet-Auftritts (Informationen für jedermann zugänglich machen).	- Liefert Inhalte zur Homepage - Finanzielle Unterstützung	- Informationen für jedermann online verfügbar machen	- Information eines breiten Publikums über die Tätigkeiten und die politischen Anliegen des BWSo sowie zur Meinungsbildung	Mittel - Besseres Verständnis - Sensibilisierung	Klein - Holzmarktinformatio-nen zugänglich machen - Evtl. Einkommen durch Angebot einer Werbe-plattform	Mittel - Sensibilisierung für wichtige Themen - Informationsplattform
B3 Projekt Solothurner Waldwanderungen - Hintergrundinformationen zu unseren Wäldern vermitteln - Realisierung weiterer zwei bis drei Waldwanderungen	- Realisierung von zwei weiteren Waldwanderungen bis 2009	- Bildung von regionalen Trägerorganisationen - Motivation der Mitglieder	- Fachliche Unterstützung - Finanzielle Unterstützung (Sockelbeitrag)	- Stellt Bezug zum Wald her - Verbessert das Allgemeinwissen über den Wald und seine Funktionen - Vermittelt Vielfalt unserer Wälder	- Fördert das Verständnis zum Wald mit seiner vielfältigen Flora und Fauna und seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung	Mittel - Sorgsamer Umgang mit der Natur dank besserem Verständnis	Mittel - Region für den Tourismus attraktiver machen	Mittel - Erholung - Bildung - Sensibilisierung
B4 Waldführungen in Gemeinden und Waldpädagogik für Schulen - Wald-Verständnis der Bevölkerung erhöhen	- Hohe Zahl von Aktivitäten realisieren	- BWSo informiert und orientiert, macht gute Beispiele bekannt - Motivationsarbeit/Motor (Gemeinden sollen motiviert werden, Waldführungen zu organisieren)	- Weiterbildung der Förster - fördert Kontakte mit Fortbildungsstellen - Fachliche Unterstützung - Finanzielle Unterstützung	- Verbessert die Kenntnisse über Wald-Flora und -Fauna - Fördert Verständnis für Zusammenhänge und vernetztes Denken	- Bewusstsein bezüglich des Waldes in der Öffentlichkeit fördern	Gross - Sorgsamer Umgang mit der Natur dank Verständnis	Mittel - Verantwortungsbewusster Umgang mit Ressourcen	Gross - Sensibilisierung - Bildung - Grundverständnis für Wald fördern
B5 Lobbying - Anliegen der Nachhaltigkeitserklärung fliessen in die parlamentarischen Gruppen Natur + Landschaft und Gemeinden ein. - Zusammenarbeit mit Pro Natura und Pro Holz - Fortführung des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft ab 2008.	- Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft wird 2008 weitergeführt.	- Der Verband arbeitet mit den parlamentarischen Gruppe zusammen - Der Verband engagiert sich aktiv in wald- und umweltrelevanten Fragen.	- Fachliche Unterstützung - Liefert Grundlagendaten	- Wald-Anliegen werden durch eine Lobby vertreten - Wald-Anliegen sind breiter abgestützt	- Verband erhält politische Unterstützung, um seine Anliegen besser umsetzen zu können	Mittel - Wald bekommt grösseres Gewicht und Stellenwert in der Umweltdiskussion	Gross - Waldwirtschaft kann evtl. von besseren Rahmenbedingungen profitieren	Mittel - Grösserer und breiter abgestützter Stellenwert in der Gesellschaft

C. Bereich naturnahe, umweltgerechte Produktion

Unterbereiche Ziele	Indikator(en)	Leistungen/Massnahmen		Begründung der Massnahme		Mögliche relevante Wirkungen auf		
		BWSO	Kanton	Öffentliches Interesse	Forstwirtschaftliches (Verbands-) Interesse	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
C1 FSC-Zertifizierung - Aktive Vertretung der Gruppenzertifizierung im Kanton Solothurn	- Aufrechterhaltung des FSC-Labels - Zertifizierte Waldfläche im Kanton nimmt nicht ab	- Begleitung und Durchführung der Wald-Zertifizierung im Kanton Solothurn (Koordination der Gruppenzertifizierung, Aufbau und Aktualisierung des Managementsystems).	- Fachliche Unterstützung - Finanzielle Unterstützung	- Fördert die nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung und Nutzung der Wälder	- Aufzeigen und kommunizieren der Leistungen für Natur und Umwelt	Gross - Naturräume, Artenvielfalt - Erneuerbare Ressourcen - Nachhaltige Waldbewirtschaftung	Gross - Zugang zum zukunfts-trächtigen Markt der Ökoprodukte und damit nachhaltige Verbesserung der Absatzchancen - Naturnahe, schonende Waldbewirtschaftung	Mittel - Sensibilisierung der Bevölkerung - Veränderung Konsumverhalten
C2 Bodenschutz im Wald Zusammenarbeit mit AfU und AWJF - Durchführung von Bodenschutz-Kursen - Sensibilisierung der Waldeigentümer und des Forstpersonals für das Thema Boden	- Mindestens zwei Veranstaltungen zum Thema Bodenschutz bis 2009	- Mithilfe bei der Initialisierung und Organisation von Bodenschutzkursen im Wald.	- Fachliche Unterstützung	- Langfristige Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der weiteren Funktionen des Bodens - Sensibilisierung für die wichtigen Funktionen der Böden	- Sensibilisierung auf die Wichtigkeit der Böden als Lebensgrundlage - Erhaltung des Produktionssubstrates	Gross - Erhaltung von natürlichen Böden - Bodenschutz als Grundlage für die nachhaltige Holzproduktion und die Trinkwasserversorgung	Gross - qualitativ gutes und sauberes Trinkwasser - Produktionsgrundlage erhalten	Gross - Lebensgrundlage - Bildung - Gesundheit (Trinkwasser) - Sensibilisierung
C3 Umsetzung Waldreservatskonzept - Umsetzung des Waldreservatskonzepts gemäss den verbindlichen Vorgaben. - Erhaltung und Förderung bedrohter Arten	- Erreichen der Zielwerte gemäss Waldreservatskonzept und Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft - Realisierung von Sonderwaldreservaten	- Gute Pilotprojekte bekannt machen - Anschlussprogramm zum Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft politisch unterstützen - Waldeigentümer informieren u. motivieren	- Fachliche Unterstützung - Finanzielle Unterstützung - Beratung	- Ausscheiden und Pflege von Sonderwaldreservaten - Artenvielfalt erhalten - Erhalt von naturnahen und naturbelassenen Wäldern (Totalreservate) auch für künftige Generationen	- Produkt Naturschutz - Der Natur ihren Raum lassen	Gross - Naturräume, Artenvielfalt erhalten/fördern - Erneuerbare Ressourcen - Sukzessionen zulassen	Mittel - Naturschutzleistungen sind nachgefragt und werden von der Gesellschaft abgegolten	Gross - gesellschaftliche Werte Gesundheit (Luft) - Verständnis für natürliche Abläufe
C4 Waldrandaufwertungen - Schaffung von Waldrändern mit hohem ökologischen Wert	- Erreichen der Zielwerte gemäss Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft (inkl. Anschlussprogramm)	- gute Beispiele bekannt machen - Waldeigentümer informieren und motivieren.	- Fachliche Unterstützung - Finanzielle Unterstützung	- Erhalt und Förderung der Artenvielfalt - Strukturreiche Waldränder	- Schutz gegenüber Sturmereignissen (weniger Steilränder)	Gross - Naturräume, Artenvielfalt - Aufwertung Landschaftsbild	Mittel - Anfälligkeit bei Sturmereignissen kleiner - Vorteile für Landwirtschaft	Gross - Erholung - Steigerung der Lebensraumqualität
C5 Luftreinhaltung im Wald - Verzicht auf Abbrennen von Holzabfällen - Verwenden von Gerätebenzin bei Benzinmotoren - neue Dieselfahrzeuge sind mit Partikelfiltern ausgestattet	- Reduktion Schadstoffbelastung - Zunahme des Anteils an Gerätebenzin - Zunahme des Anteils an Fahrzeugen mit Partikelfiltern	- Informieren / Aufklären / Motivieren - Gute Beispiele bekannt machen	- Fachliche Unterstützung	- Erhalt der Lebensraumqualität - Verminderung Luftemissionen	- Gesundheit der Waldarbeiter - Der Natur ihren Raum lassen (Totholz)	Gross: - Luftqualität - Natürlicher Nährstoffkreislauf - Artenvielfalt	Gross: - Verminderung Gesundheitskosten - Gleichbehandlung mit anderen Offroad-Branchen, z.B. Baustellen - Naturschutzleistung	Gross: - Gesundheit (Luft) - Verständnis für natürliche Abläufe
C6 Einsatz von Pestiziden - Die Produktion wird so ausgerichtet, dass auf den Einsatz von Pestiziden in Waldgebieten möglichst verzichtet werden kann.	- Reduktion der mit Pestiziden gespritzten Holzmengen	- Informieren / Sensibilisieren der Mitglieder - Auf rasche Holzabfuhr hinwirken	- Fachliche Unterstützung - Erteilung von Ausnahmebewilligungen	- Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen - Schutz der Trinkwasserqualität	- Langfristige Erhaltung des Produktionssubstrates - Der Natur ihren Raum lassen	Gross: - Artenvielfalt - Bodenqualität - Wasserqualität - natürlicher Nährstoffkreislauf	Gross: - Qualitativ gutes und sauberes Trinkwasser	Gross: - Gesundheit (Trinkwasser) - Verständnis für natürliche Abläufe

D. Bereich Aus-/Weiterbildung im Waldbereich

Unterbereiche Ziele	Indikator(en)	Leistungen/Massnahmen		Begründung der Massnahme		Mögliche relevante Wirkungen auf		
		BWSO	Kanton	Öffentliches Interesse	Forstwirtschaftliches (Verbands-) Interesse	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
DI Ausbildungsreihe für Forst-Verantwortliche - Durchführung von 1-2 Aus- bildungs-Veranstaltungen pro Jahr	- Anzahl Veranstaltungen - Anzahl Teilnehmer	- Mitwirken bei der Aus- und Weiterbildung von Behör- denmitgliedern, Funktionä- ren und Personal	- Fachliche Unterstützung - Finanzielle Unterstützung	- Vorbildliche Bewirt- schaftung der Wälder	- Qualitativ hochwertige Arbeit in der Waldbe- wirtschaftung - Verständnis für Abläufe in der Forstwirtschaft	Gross - Sensibilisierung - Verständnis schaffen	Mittel - Potenziale erkennen	Gross - Bildung - Besseres Verständnis

E. Bereich Interessen-Abwägung

Unterbereiche Ziele	Indikator(en)	Leistungen/Massnahmen		Begründung der Massnahme		Mögliche relevante Wirkungen auf		
		BWSO	Kanton	Öffentliches Interesse	Forstwirtschaftliches (Verbands-) Interesse	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
E1 Vereinbarung Wald/Jagd/OL - Mithilfe bei der Ausarbei- tung und Umsetzung der Vereinbarung	- keine offenen Konflikte	- Mithilfe bei der Ausarbei- tung und Umsetzung der Vereinbarung.	- Lead bei den Verhandlungen - Fachliche Unterstützung	- Koordinierte Nut- zung/Beanspruchung der Wälder	- Gutes Verhältnis zwi- schen verschiedenen In- teressensvertretern för- dern	Mittel - Koordination bei der Nutzung/Beanspruchung der Wälder	Klein - Koordinierte Nutzung der Wälder	Mittel - Erholung / Sport - Geregelte Freizeitnut- zung
E2 Aussprache Wald/ Naturschutz - Vertretung des BWSO an der Aussprache - Anliegen der Waldeigentü- mer einbringen	- keine offenen Konflikte	- Beteiligung und Mitsprache bei der Aussprache Wald/ Naturschutz des Kantons Solothurn.	- Fachliche Unterstützung	- Berücksichtigung und Abstimmung der Anlie- gen der Waldeigentü- mer und des Natur- schutzes bei der Wald- bewirtschaftung - Frühzeitiges Erkennen und Lösen von Proble- men	- Naturnahe, umweltver- trägliche und damit nachhaltige Waldbewirt- schaftung	Gross - Naturräume, Artenviel- falt - Erneuerbare Ressourcen	Mittel - Langfristige Produkti- onsgarantie dank scho- nender Behandlung der natürlichen Ressourcen	Mittel - Interessenabwägung zwischen verschiedenen Nutzergruppen - Gesprächskultur

F. Bereich Bürgergemeinde-Anliegen

Unterbereiche Ziele	Indikator(en)	Leistungen/Massnahmen		Begründung der Massnahme		Mögliche relevante Wirkungen auf		
		BWSO	Kanton	Öffentliches Interesse	Forstwirtschaftliches (Verbands-) Interesse	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft
FI Integration von Ausländern - Die Gemeinden pflegen eine faire, korrekte und nachvoll- ziehbare Einbürgerungspra- xis - Die Kluft zwischen Schwei- zern und Ausländern soll re- duziert werden	- Reduktion der Beschwerde- verfahren	- Vertretung der Verbands- anliegen in der kantonalen Einbürgerungspolitik und in der Fachkommission Bür- gerrecht. - Beratung und Unterstützung der Mitglieder bei Einbürge- rungs- und Bürgerrechtsfra- gen. - Kurse anbieten - Grundlagen und Hilfsmittel zur Verfügung stellen	- Fachliche Unterstützung - Bereitstellen von Grundla- gen - Organisation von Kursen - Finanzielle Unterstützung	- Zusammenleben und Austausch von Men- schen verschiedener Herkunft und Kultur	- Imagepflege - Moderner, offener Ver- band	Klein - Umsetzung hiesiger Normen (z.B. Abfall- trennung und -Ent- sorgung)	Mittel - Bessere Integration wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus	Gross - Sozialer Frieden - Integration

3. Attest des Regierungsrates des Kantons Solothurn

Der Regierungsrat attestiert dem BWSo vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn, im Sinne der Agenda 21, zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Der BWSo und der Kanton Solothurn legen mit einem gemeinsamen Controlling-Bericht per 31.12.2010 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

Die Geschäftsstelle LA 21 stellt die erbrachten Leistungen des Kantons zur Unterstützung des BWSo bei der Realisierung der Massnahmen zusammen. Der BWSo und die Geschäftsstelle LA 21 beurteilen anschliessend gemeinsam den Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitserklärung und sorgen für die Berichterstattung darüber.

Der Regierungsrat bietet dem BWSo eine Plattform, seine nachhaltigen Aktivitäten öffentlich bekannt zu machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medienanlässe, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2010. Die Geschäftsstelle LA 21 und der BWSo bereiten eine allfällige Verlängerung rechtzeitig vor und unterbreiten sie den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung.

Welschenrohr, 18. Juni 2007

Bürgergemeinden und Waldeigentümer Verband Kanton Solothurn

Konrad Imbach
Präsident

Geri Kaufmann
Geschäftsführer

Trägerschaft Agenda 21 Kanton Solothurn

Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen der Jugendförderung Kanton Solothurn und dem Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. Nachhaltigkeit wird gemäss Bundesrat als «umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden».

Auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn strebt eine Nachhaltige Entwicklung an und schreibt dies im Leitbild und Regierungsprogramm fest. Die Jugendförderung Kanton Solothurn will mit diversen Massnahmen einen Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn leisten. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst Aktivitäten der Jugendförderung Kanton Solothurn und des Kantons Solothurn für die Jahre 2008 - 2011. Diese unterliegen einem Controlling. Andere (politische) Aktivitäten der Jugendförderung Kanton Solothurn und des Kantons Solothurn werden durch diese Erklärung nicht berührt.

Die Nachhaltigkeitserklärung orientiert sich strukturell und inhaltlich an den beiden Papieren „Standards der Kinder- und Jugendförderung Schweiz“ der Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder und Jugendförderung (KKJF) und den Vorstellungen für eine bedarfsgerechte Familien-, Kinder- und Jugendpolitik und der Leistungsvereinbarung zwischen dem Amt für soziale Sicherheit und Infoklick.

2. Nachhaltigkeitserklärung der Jugendförderung Kanton Solothurn und des Kantons Solothurn

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen der Jugendförderung Kanton Solothurn und des Kantons Solothurn, einen Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu leisten. Beide Seiten beabsichtigen, verschiedene Massnahmen im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung bis Ende 2011 umzusetzen.

3. Umsetzungsprogramm

3.1 Rechtliches

3.1.1 Ziele

Kanton

Die Kinder- und Jugendförderung wird auf Kantonsebene in der Kantonsverfassung festgehalten. In den entsprechenden Grundlagen konkretisiert der Kanton Solothurn diese Absicht und regelt die Aufgaben und Zuständigkeiten.

Gemeinden/Regionen

Die Hauptverantwortung gegenüber der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit liegt bei der Einwohnergemeinde. Die Gemeinden regeln in ihrer Gemeindeordnung die Grundsätze der Aufgaben und Zuständigkeiten für die Kinder- und Jugendförderung. Mehrere Einwohnergemeinden können die Aufgaben gemeinsam erledigen.

3.1.2 Aktivitäten:

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen			Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen Umwelt/Wirtschaft/Gesellschaft
	Jugendförderung	Kanton	Gemeinde/Region			
Die Kinder- und Jugendförderung wird auf Kantonsebene in der Kantonsverfassung festgehalten und von den Gemeinden/Regionen flächendeckend umgesetzt.	Prüft Stand der Umsetzung der Verordnung und hilft mit, diese voran zu treiben.	In den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen konkretisiert der Kanton Solothurn die Absicht und regelt die Aufgaben und Zuständigkeiten. Er schafft ein Anreizsystem, damit die Kinder- und Jugendförderung von den Gemeinden/Regionen im Kanton Solothurn flächendeckend umgesetzt wird.	Setzt die Kinder- und Jugendförderung gemäss Kantonsverfassung und Verordnung über die Jugendförderung um.	Anzahl Gemeinden/Regionen, welche die Kinder- und Jugendförderung gemäss Kantonsverfassung und Verordnung über die Jugendförderung umsetzen.	Gemeinden brauchen einen Anreiz, damit sie in diesem freiwilligen Leistungsfeld aktiv werden. Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche durch eine flächendeckende Verbreitung der Kinder- und Jugendförderung soll angestrebt werden. Das Engagement von Kindern und Jugendlichen soll gefördert werden.	Jugendliche engagieren sich im Gemeinwesen. Jugendliche haben bessere Entwicklungsmöglichkeiten und sind besser integriert.
Gemeinden regeln in der Gemeindeordnung oder in Reglementen Aufgaben und Zuständigkeiten für die Kinder- und Jugendförderung. Mehrere Einwohnergemeinden können die Aufgaben gemeinsam erledigen.	Sensibilisierung der Gemeinden auf das Thema der Kinder- und Jugendförderung, direkt und über die Nachhaltigkeitsprozesse der GS LA21.	Fachliche und finanzielle Unterstützung. GS LA21 sensibilisiert Gemeinden im Rahmen der LA21-Prozesse auf die Frage der Kinder- und Jugendförderung.	Regelt Aufgaben der Kinder- und Jugendförderung in der Gemeindeordnung. Setzt diese (evtl. gemeinsam mit weiteren Einwohnergemeinden) um.	Anzahl Gemeinden, welche Aufgaben und Zuständigkeiten für die Kinder- und Jugendförderung behördenverbindlich festgelegt haben.	Gemeinden haben ein vielfältiges Aufgabengebiet. Eine Unterstützung durch den Kanton im Bereich der Kinder- und Jugendförderung ist deshalb wichtig. Die Kinder- und Jugendförderung wird in behördenverbindlichen Regeln verankert.	Kinder und Jugendliche werden als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft wahrgenommen.

3.2 Leitbild/Konzept

3.2.1 Ziele

Kanton

Der Kanton Solothurn verfügt über ein Leitbild und ein Konzept, in welchem die langfristigen kantonalen Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendförderung sowie Strategien und Massnahmen, wie diese Ziele erreicht werden können, formuliert sind.

Gemeinden/Regionen

Gemeinden oder Regionen des Kantons legen die langfristigen kommunalen Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendförderung sowie Umsetzungsmassnahmen konkret und behördenverbindlich fest.

3.2.2 Aktivitäten:

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen			Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen	
	Jugendförderung	Kanton	Gemeinde/Region			Umwelt/Wirtschaft/Gesellschaft	
Der Kanton Solothurn verfügt über ein Leitbild und ein Konzept, in welchem die langfristigen kantonalen Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendförderung sowie Strategien und Massnahmen, wie diese Ziele erreicht werden können, formuliert sind.	Hilft mit, das Konzept und das Leitbild fertig zu stellen und fördert deren Umsetzung.	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	-	Leitbild und Konzept zur Kinder- und Jugendförderung vorhanden. Strategien und Massnahmen aus dem Leitbild und Konzept werden von diversen Akteuren umgesetzt.	Orientierungshilfe & Leitlinie für die Gemeinden und den Kanton.	Gemeinden und Kanton verfolgen eine gemeinsame Stossrichtung und haben ein gemeinsames Verständnis im Bereich der Kinder- und Jugendförderung.	
Kinder- und Jugendförderung gelangt als Thema in die konkrete Planung der Gemeinden bzw. Regionen.	Sensibilisierung und fachliche Begleitung der Regionen und Gemeinden.	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Plant die Kinder- und Jugendförderung konkret und behördenverbindlich.	Anzahl Gemeinden, welche über ein Leitbild und Konzept für die Kinder- Jugendförderung verfügen.	Konkretisierung der kantonalen Strategien und Massnahmen auf Gemeinde und Region..	Auf Gemeinde-/Regionsebene sind Massnahmen zur Umsetzung der Kinder- und Jugendförderung vorhanden.	

3.3 Partizipation

3.3.1 Ziele

Kanton

Der Kanton Solothurn ermöglicht und fördert die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf Ebene Kanton und Gemeinde bei allen für sie relevanten Themen.

Gemeinden/Regionen

Gemeinden ermöglichen und fördern die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf lokaler Ebene bei allen für die Kinder und Jugendlichen relevanten Themen. Die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sind bei der Ausgestaltung von Angeboten berücksichtigt.

3.3.2 Aktivitäten:

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen				Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen	
	Jugendförderung	Kanton	Gemeinde/Region				Umwelt/Wirtschaft/Gesellschaft	
Sensibilisierung von Kanton und Gemeinden bzw. Regionen für die Thematik der Partizipation von Kindern und Jugendlichen.	Sensibilisiert Kanton, Region und Gemeinden für die Thematik der Partizipation von Kindern und Jugendlichen.	Diskutiert die Thematik der Partizipation von Kindern und Jugendlichen departementübergreifend und prüft Möglichkeiten, dieses Instrument in relevanten Projekten anzuwenden.	Diskutiert die Thematik der Partizipation von Kindern und Jugendlichen und prüft Möglichkeiten, dieses Instrument in relevanten Projekten anzuwenden.		Kanton, Gemeinden und Regionen sind für die Thematik der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sensibilisiert und lassen Kinder und Jugendliche in relevanten Projekten partizipieren.	Das Potential der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen soll erkannt werden.	Gemeinden, Regionen und der Kanton entwickeln sich kinder- und jugendfreundlich.	
Projekt «Jugend Mit Wirkung» (L+K)	Launcht das Projekt «Jugend Mit Wirkung».	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Nimmt am Projekt «Jugend Mit Wirkung» teil.		Anzahl Gemeinden, welche am Projekt teilnehmen.	Kinder und Jugendliche können auf einfache Art im Gemeinwesen mitwirken.	Kinder- und Jugendliche werden für Politik sensibilisiert. Jugendliche sind in die Gemeinde integriert und aktiv an deren Entwicklung beteiligt.	
Politik: Jugendpolitiktag Kanton Solothurn (L+K)	Organisiert den Jugendpolitiktag Kanton Solothurn.	Informiert Kantonsräte über den Anlass und motiviert sie zur Teilnahme.			Anzahl teilnehmender Jugendlicher und Kantonsräte.	Nähe zwischen Jugendlichen und Kantonspolitikern soll geschaffen werden. Jugendliche sollen als vollwertige Gesprächspartner akzeptiert werden.	Jugendliche sind für Politik sensibilisiert. Gegenseitiges Verständnis wird gefördert.	
Raumplanung: Mitgestaltung des öffentlichen Raumes (L+K)	Stellt Methoden & Instrumente zur Verfügung. Steht beratend zur Seite.	Nimmt die Anliegen der Kinder und Jugendlichen bei kantonalen Projekten der Gestaltung des öffentlichen Raumes auf und lässt diese in die Projektumsetzung einfließen.	Nimmt die Anliegen der Kinder und Jugendlichen bei Gemeinde- und regionalen Projekten der Gestaltung des öffentlichen Raumes auf und lässt diese in die Projektumsetzung einfließen.		Anzahl kantonalen, Gemeinde- und regionaler Projekte im Bereich der Gestaltung des öffentlichen Raumes, bei welchen die Anliegen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt wurden.	Gestaltung des Raumes hat wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.	Jugendgerechte Lebensräume sind vorhanden.	
Mobilität: Öffentlicher Verkehr (L+K)	Setzt sich für die Ausgestaltung des Öffentlichen Verkehrs nach den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ein.	Berücksichtigt die Anliegen der Kinder und Jugendlichen bei der Planung des Öffentlichen Verkehrsnetzes.	Nimmt die Anliegen der Kinder und Jugendlichen bei Gemeinde- und regionalen Projekten der Planung des Öffentlichen Verkehrsnetzes auf und lässt diese in die Projektumsetzung einfließen.		Anzahl kantonalen, Gemeinde- und regionaler Projekte im Bereich der Planung des Öffentlichen Verkehrs, bei welchen die Anliegen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt wurden.	Jugendliche sind auf ein gut ausgebautes ÖV-Netz angewiesen. Anforderungen an die Mobilität sind in den letzten Jahren stark gestiegen.	Verbesserter Zugang zu Arbeits-, Lern- und Freizeitororten.	
Mobilität: Kinder- und jugendfreundliche Verkehrsplanung (L+K)	Setzt sich für eine kinder- und jugendfreundliche Verkehrsplanung ein.	Berücksichtigt die Anliegen der Kinder und Jugendlichen bei der Verkehrsplanung.	Nimmt die Anliegen der Kinder und Jugendlichen bei Gemeinde- und regionalen Projekten der Verkehrsplanung auf und lässt diese in die Projektumsetzung einfließen.		Anzahl kantonalen, Gemeinde- und regionaler Projekte im Bereich der Verkehrsplanung, bei welchen die Anliegen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt wurden.	Verkehrsplanung ist häufig nur auf die Bedürfnisse der Erwachsenen ausgerichtet.	Erhöhte Verkehrssicherheit.	

3.4 Schwerpunkte der kommunalen Kinder- und Jugendförderung

3.4.1 Schwerpunktfelder KJF:

Kanton

In der kantonalen Kinder- und Jugendförderung können folgende Schwerpunktfelder beschrieben werden: Beratung, Information und Entwicklung, Projekte/Projektförderung.

Gemeinden/Regionen

In der kommunalen und regionalen Kinder- und Jugendförderung können folgende Schwerpunktfelder beschrieben werden: Animation und Begleitung, Information und Beratung, Entwicklung und Fachberatung.

3.4.2 Aktivitäten:

Aktivitäten der Jugendförderung

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen			Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen	
	Jugendförderung	Kanton	Gemeinde/Region			Umwelt/Wirtschaft/Gesellschaft	
Breite Bekanntmachung der im Kantonalen Leitbild formulierten Ziele und Massnahmen.	Breite Bekanntmachung der im Kantonalen Leitbild formulierten Ziele und Massnahmen.	Fachliche und finanzielle Unterstützung. Zu Angeboten für Familien, Kinder und Jugendliche und deren Lebenssituationen werden regelmässige Untersuchungen sowie Fachveranstaltungen durchgeführt.	Kenntnisnahme des kantonalen Leitbildes und Umsetzung der formulierten Ziele und Massnahmen.	Gemeinden und Regionen kennen die Ziele und Massnahmen des Leitbildes und setzen diese um.	Es ist wichtig, dass die Umsetzung der Kinder- und Jugendförderung kantonsweit stattfindet.	Kinder und Jugendliche fühlen sich im Gemeinwesen wohl.	
	Kinderfreundliche Gemeinde	Macht das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ bekannt und motiviert Gemeinden, dieses anzustreben.	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Strebt das Label an.	Gemeinden kennen die Stärken und Schwächen in Bezug auf ihre Kinder- und Jugendangebote.	Massnahmen im Kinder- und Jugendförderbereich werden entsprechend der Analyse erweitert.	
	Initiieren von regionalen Jugendinfostellen	Lanciert das Projekt der regionalen Jugendinfostellen.	Führt und regionale Jugendinfostellen in ihren Örtlichkeiten ein und betreibt sie.	Es existieren regionale Jugendinfostellen, welche auch genutzt werden.	Die Informationsbeschaffung für Kinder, Jugendliche und ihre Bezugspersonen ist hoch komplex und muss vereinfacht werden.	Besserer Zugang zu Angeboten für Kinder und Jugendliche (Bildung, Freizeit, Beratung, etc.).	
	Jugendonlineberatung (national, www.tschau.ch)	Macht die Jugendonlineberatung bekannt.	Macht die Jugendonlineberatung in der Bevölkerung bekannt.	Anzahl Jugendliche aus dem Kanton, welche die Jugendonlineberatung nutzen.	Jugendliche sind mit ihren unspezifischen Problemstellungen zu gewissen Lebenssituationen auf eine schnelle und zeitlich unabhängige Beratungsplattform angewiesen.	Jugendliche haben schnellen Zugang zu der für ihre Anliegen kompetenten Beratungsstelle.	
	Mädchenwoche Kanton Solothurn (Trägerschaft: Infoklick.ch)	Organisiert die Mädchenwoche Kanton Solothurn (Trägerschaft: Infoklick.ch).	Macht die Mädchenwoche Kanton Solothurn in der Bevölkerung bekannt.	Anzahl Mädchen, welche an der Mädchenwoche teilnehmen.	Mädchen benötigen Raum, um unter sich zu sein und in geschütztem Rahmen ihre Ideen zu verwirklichen.	Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen wird gefördert.	
Förderung von Angeboten, Aktivitäten und Projekten von, mit und für Kinder und Jugendliche	Infocard	Macht die Infocard bei Jugendlichen, Anbietern und Gemeinden bekannt. (Trägerschaft: Infoklick.ch)	Bietet die Infocard den Jugendlichen an.	Anzahl der Gemeinden, welche die Infocard anbieten. Anzahl Jugendlicher, welche die Infocard nutzen.	Kleine und strukturschwache Gemeinden sollen ein Instrument erhalten, um Jugendförderung betreiben zu können. Zugang zu den fünf Bereichen <i>Bildung, Mobilität, Sport, Freizeit</i> und <i>Kultur</i> soll im ganzen Kanton gewährleistet werden.	Hohe Identifikation der Jugendlichen mit der Gemeinde. Erhöhte Bereitschaft von Jugendlichen, sich zu engagieren.	
	Entwickeln und initiieren von Projekten zu aktuellen Themen im Kinder- und Jugendförderbereich	Initiiert diverse Projekte zu aktuellen Themen im Jugend- und Kinderförderbereich.	Teilnahme an Projekten.	Anzahl Jugendlicher, welche an Projekten teilnehmen.	Die Gesellschaft verändert sich ständig, es entstehen neue Bedürfnisse, auf welche reagiert werden muss.	Bedarfsgerechte Kinder- und Jugendförderung.	

Aktivitäten im Bereich der Generationenbeziehung – gemeinsames Projekt mit Pro Senectute Kanton Solothurn¹

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen			Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen
	Kanton	Gemeinde/Region				
Organisation	Aufbau eines Seniorenpools. Lead: Pro Senectute	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung des Angebots bei Seniorinnen.	Anzahl Seniorinnen, welche in Projekten und an Anlässen mitarbeiten.	Für die Umsetzung der aufgeführten Projekte braucht es einen gut funktionierenden Pool von Seniorinnen.	Aktivierung von Seniorinnen.
Ressourcentransfer	Organisation und Durchführung von Computer- und Handykursen von Jugendlichen für Senioren. Lead: Pro Senectute	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung der Kurse.	Anzahl Handy- und Computerkurse. Anzahl teilnehmender Jugendlicher und Seniorinnen.	Seniorinnen sind mit der modernen Technik oft überfordert. Jugendliche beherrschen die modernen Geräte oft am besten und eignen sich als Ausbilder.	Seniorinnen lernen den Umgang mit moderner Technik. Jugendliche lernen den Umgang mit älteren Menschen.
Wissenstransfer 1	Seniorinnen im Klassenzimmer: Erzählen aus dem Leben, werden durch Jugendliche portraitiert, etc. Lead: Pro Senectute	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung der Kurse an Schulen.	Anzahl teilnehmender Seniorinnen und Schulklassen.	Seniorinnen verfügen oft über einen grossen Erfahrungsschatz, welcher brach liegt. Dieser soll ausgeschöpft, die Seniorinnen dabei aktiviert werden. Jugendliche sollen etwas über das Leben ihrer Vorfahren erfahren.	Aktivierung von Seniorinnen und Jugendlichen. Jugendliche lernen die Vergangenheit von Seniorinnen kennen.
Wissenstransfer 2	Projekt Erinnerungskultur: Seniorinnen erzählen an denkwürdigen Tagen über persönliche Erfahrungen zu jener Zeit. Lead: Jugendförderung	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung der Kurse an Schulen.	Anzahl teilnehmender Seniorinnen und Schulklassen.	Wichtige geschichtliche Ereignisse sollen authentisch an Jugendliche weitergegeben werden.	Wissen von Jugendlichen über geschichtliche Ereignisse ist erhöht.
Förderung der Kreativität	Fotowettbewerb „Alter sichtbar machen“ Lead: Pro Senectute	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung des Wettbewerbs.	Anzahl TeilnehmerInnen am Fotowettbewerb.	Das Alter soll als ein natürlicher Prozess mit vielen positiven Facetten wahrgenommen werden.	Aktivierung von Seniorinnen und Jugendlichen. Spielerischer Umgang mit dem Altern werden.
Leseanimation	Prix Chronos: Generationenprojekt: Leseanimation und Jugendbuchpreis in einem. Kinder und Seniorinnen beurteilen gemeinsam Jugendbücher zum Thema Generationenbeziehungen und verleihen in Juries den Preis. Lead: Pro Senectute	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung des Projekts an Schulen.	Anzahl teilnehmender Jugendlicher und Seniorinnen.	Seniorinnen und Jugendliche sollen zum gemeinsamen Lesen und diskutieren animiert werden.	Seniorinnen und Jugendliche werden aktiviert und zum Lesen animiert.
Bewegungsförderung	Sport: Musik und Bewegung Lead: Pro Senectute	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung der Aktivitäten.	Anzahl teilnehmender Jugendlicher und Seniorinnen.	Seniorinnen und Jugendliche leiden oft unter Bewegungsarmut.	Seniorinnen und Jugendliche werden zum Sport treiben animiert.
Vernetzung und Ressourcentransfer	Seniopathners und Juniorexports: Vernetzung und Ressourcentransfer all/Jung. Lead: Jugendförderung	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung des Angebots bei Seniorinnen und Jugendlichen.	Anzahl teilnehmender Jugendlicher und Seniorinnen. Anzahl durchgeführter Projekte.	Das Wissen/Potential von Senioren und Seniorinnen soll besser genutzt werden.	Grössere Erfolgchancen für Jugendinitiativen.
Entlastung von Familien	Kinderhütendienst durch Seniorinnen Lead: Pro Senectute	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Bekanntmachung des Angebots bei Familien.	Anzahl teilnehmender Seniorinnen, Anzahl unterstützter Familien.	Viele Familien sind heute auf externe Kinderbetreuung angewiesen, das Angebot kann die Nachfrage aber nicht decken.	Aktivierung von Seniorinnen. Entlastung von Familien.

¹ Die Aktivitäten im Bereich der Generationenbeziehungen werden nach Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung der Pro Senectute mit dem Kanton Solothurn umgesetzt.

3.5 Kantonale und kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte und Kinder- und JugendarbeiterInnen

3.5.1 Ziele

Kanton

Die kantonalen Beauftragten sind die zentrale Stelle für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendförderung. Je nach Grösse und Struktur des Kantons sollten 50 bis 250 Stellenprozente zur Verfügung stehen. Nach Möglichkeit sollten jeweils eine Frau und ein Mann angestellt werden (Gleichberechtigung).

Gemeinden/Regionen

In jeder Gemeinde/Region gibt es in Form einer/eines Kinder- und Jugendbeauftragten eine Anlauf und Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendförderung. Kooperationen zwischen kleineren Gemeinden sind sinnvoll. Die/der Kinder- und Jugendbeauftragte verfügt vorzugsweise über eine Ausbildung im Sozialbereich (z. B. Sozialarbeit, soziokulturelle Animation, Sozialpädagogik).

3.5.2 Aktivitäten:

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen			Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen
	Jugendförderung	Kanton	Gemeinde/Region			Umwelt/Wirtschaft/Gesellschaft
Für jede Gemeinde/Region gibt es in Form einer/eines Kinder- und Jugendbeauftragten eine Anlauf- und Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendförderung.	Sensibilisierung der Gemeinden und Regionen für die Themen der Kinder und Jugendlichen.	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Setzt eine/n Jugendbeauftragte/n ein.	Anzahl Gemeinden und Regionen mit kommunalen oder regionalen Kinder- und Jugendbeauftragten.	Eine Ansprechperson im Bereich Kind und Jugend ist definiert, welche als Bindeglied zwischen Kanton, Region, Gemeinde und Jugendarbeit agiert.	Koordiniertes und zielgerichtetes Vorgehen in der Kinder- und Jugendförderung.
Für jede Gemeinde/Region gibt es in Form einer Kinder- und JugendarbeiterIn/eines Kinder- und Jugendarbeiters eine Umsetzungsstelle der offenen Kinder- und Jugendarbeit.	Sensibilisierung der Gemeinden und Regionen für Themen der Kinder und Jugendlichen und für die Ziele der offenen Kinder- und Jugendarbeit.	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Setzt eine/n Kinder- und JugendarbeiterIn ein.	Anzahl Gemeinden und Regionen mit kommunalen oder regionalen Kinder- und JugendarbeiterInnen.	Komplexe Frage- und Problemstellungen im Kinder- und Jugendbereich nehmen zu. Kinder und Jugendliche brauchen eine Ansprechstelle.	Kinder und Jugendliche können mit ihren spezifischen Fragen und Anliegen an eine kompetente Stelle gelangen, welche sie unterstützt.

3.6 Vernetzung

3.6.1 Ziele

Kanton

Der Kanton unterstützt die verschiedenen Akteure bei ihren Bestrebungen, sich regional, kantonal und national zu vernetzen.

Gemeinden/Regionen

Innerhalb der Gemeinde findet ein regelmässiger Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren im Kinder- und Jugendbereich statt. Die Gemeinden unterstützen die verschiedenen Akteure bei ihren Bestrebungen, sich regional und kantonal zu vernetzen (Nutzung von Synergien, Sparen von Ressourcen).

3.6.2 Aktivitäten:

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen			Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen
	Jugendförderung	Kanton	Gemeinde/Region			
Vernetzung der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen	Gründung Dachverband für offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Die Gemeinde/Region wird Mitglied des Dachverbandes.	Dachverband der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen Kantons Solothurn ist gegründet. Anzahl Mitglieder.	Effizientes und effektives Arbeiten durch das Nutzen von Synergien, Ressourcen und bereits gemachten Erfahrungen.	Umwelt/Wirtschaft/Gesellschaft In kurzer Zeit kann auf neue Trends überregional reagiert werden.
Lokale Vernetzung der Sportvereine	Schaffen von lokalen Kontakt- und Austauschmöglichkeiten für Vereine aus verschiedenen Sportarten in Absprache und Zusammenarbeit mit dem Departement für Bildung und Kultur und der Sportfachstelle.	Fachliche und finanzielle Unterstützung (Zusammenarbeit mit der kantonalen Sportfachstelle).	Nehmen am Projekt teil.	Anzahl der teilnehmenden Gemeinden und Vereine.	Synergien & Ressourcen (Räume, Sportgeräte, Wissen, etc.) werden besser genutzt.	In kurzer Zeit kann auf neue Trends überregional reagiert werden.

3.7 Familien-Kinder-Jugendkommission

3.7.1 Ziele

Kanton

Der Kanton setzt eine Familien-Kinder-Jugendkommission ein, die sich mit strategischen Fragen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung auseinandersetzt und dem/der kantonalen Jugendbeauftragten unterstützend zu Seite steht. Die Kinder- und Jugendkommission ist mehrheitlich aus Fachpersonen und nicht nur aus VertreterInnen der politischen Parteien zusammengesetzt, ausserdem sollen auch Kinder und Jugendliche als Mitglieder in der Kommission Einsitz nehmen. Als ausserparlamentarische Kommission berät die Jugendkommission den Regierungsrat und andere Stellen des Kantons. Die Jugendkommission wird konsultiert, wenn kinder- und jugendrelevante Themen auf kantonomer Ebene behandelt werden.

Gemeinden/Regionen

Die Gemeinde/die Region setzt eine Kinder- und Jugendkommission ein, die sich mit strategischen Fragen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung auseinandersetzt und die Kinder- und Jugendbeauftragten unterstützt und begleitet. Die Kinder- und Jugendkommission ist mehrheitlich aus Fachpersonen und nicht nur aus VertreterInnen der politischen Parteien zusammengesetzt, ausserdem sollen auch Kinder und Jugendliche als Mitglieder in der Kommission Einsitz nehmen.

3.7.2 Aktivitäten

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen			Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen	
	Jugendförderung	Kanton	Gemeinde/Region			Umwelt/Wirtschaft/Gesellschaft	
Kantonale Familien-Kinder-Jugendkommission:	-	Wirkt auf einen Zusammenschluss der beiden Kommissionen <i>Familie, Kind</i> und <i>Jugend</i> hin.	-	Kommissionen Familie, Kind und Jugend sind zur Familien-Kinder-Jugendkommission zusammengeschlossen.	Es gibt viele Themen, welche die Bereiche Kind und Jugend gemeinsam betreffen. Entscheidungen in den jeweiligen Bereichen beeinflussen sich häufig gegenseitig und sollten deshalb verstärkt koordiniert werden.	Kohärente Kinder- und Jugendpolitik.	
Die Gemeinde/die Region setzt eine Familien-Kinder-Jugendkommission ein	Sensibilisierung der Gemeinden auf das Thema der Kinder- und Jugendförderung, direkt und über die Nachhaltigkeitsprozesse der Geschäftsstelle LA21.	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	Setzt eine Familien-Kinder-Jugendkommission ein.	Anzahl Gemeinden und Regionen, welche eine Kinder- und Jugendkommission einsetzen.	Relevante Anliegen von Kinder und Jugendlichen können dadurch in die Gemeinde- und Regionalpolitik einfließen.	Kohärente Kinder- und Jugendpolitik.	

3.8 Ressourcen

3.8.1 Ziele

Kanton

Der Kanton stellt die nötigen finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen zur Erreichung der Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendförderung zur Verfügung. Der Kanton unterstützt mit Anreizsystemen die Gemeinden bei der Umsetzung der Kinder- und Jugendförderung finanziell. Der Kanton trägt zur Finanzierung der kantonalen Geschäftsstellen der Dachverbände für Verbands-, offene und kulturelle Kinder- und Jugendarbeit bei.

Gemeinden/Regionen

Unter Beachtung der Kompetenzregeln stellen die Gemeinden die nötigen finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen zur Erreichung der Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendförderung zur Verfügung. Sie fördern Projekte, die u.a. Jugendliche selber realisieren und stellen Kindern und Jugendlichen Räume und Orte zur Verfügung, wo sie sich treffen und aufhalten können.

3.8.2 Aktivitäten:

Unterbereiche Ziele	Leistungen/Massnahmen			Indikatoren	Begründung der Massnahme	Mögliche relevante Wirkungen
	Jugendförderung	Kanton	Gemeinde/Region			
Der Kanton stellt finanzielle, personelle und infrastrukturelle Ressourcen zur Erreichung der Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendförderung zur Verfügung.	Sensibilisierung des Kantons auf das Thema der Kinder- und Jugendförderung, direkt und über die Nachhaltigkeitsprozesse der GS LA21.	Fachliche und finanzielle Unterstützung.	-	Höhe der eingesetzten finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen, welche der Kanton in diesem Bereich einsetzt.	Für eine erfolgreiche Kinder- und Jugendförderung ist es notwendig, dass entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.	Innert nützlicher Frist können bedarfsgerechte Massnahmen im Kinder- und Jugendförderbereich umgesetzt werden.
Die Gemeinden stellen finanzielle, personelle und infrastrukturelle Ressourcen zur Erreichung der Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendförderung zur Verfügung. Sie fördern Projekte, die u.a. Jugendliche selber realisieren und stellen Kindern und Jugendlichen Räume und Orte zur Verfügung, wo sie sich treffen und aufhalten können.	Sensibilisierung der Gemeinden für das Thema der Kinder- und Jugendförderung, direkt und über die Nachhaltigkeitsprozesse der GS LA21.	Fachliche und finanzielle Unterstützung, Anreizsysteme und Qualitätssicherung.	Fördert Projekte, die Jugendliche selber realisieren und stellen Kindern und Jugendlichen Räume und Orte zur Verfügung, wo sie sich treffen und aufhalten können.	Anzahl Gemeinden und Regionen, welche Projekte von Jugendlichen fördern. Anzahl Gemeinden und Regionen, welche den Jugendlichen Räume und Orte zur Verfügung stellen, wo sie sich treffen und aufhalten können.	Bedürfnisse im Kinder- und Jugendbereich verändern sich laufend.	Bedarfsgerechte und den kommunalen und regionalen Bedürfnissen entsprechende Angebote für Kinder und Jugendliche sind vorhanden.

4. Attest des Regierungsrates des Kantons Solothurn

Der Regierungsrat attestiert der Jugendförderung Kanton Solothurn vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

5. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Die Jugendförderung Kanton Solothurn und der Kanton Solothurn legen mit einem gemeinsamen Controlling-Bericht per 31.12.2011 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.
Die Geschäftsstelle LA21 stellt die erbrachten Leistungen des Kantons zur Unterstützung der Jugendförderung Kanton Solothurn bei der Realisierung der Massnahmen zusammen. Die Jugendförderung und die Geschäftsstelle LA21 beurteilen anschliessend gemeinsam den Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitserklärung und sorgen für die Berichterstattung darüber.
Der Regierungsrat bietet der Jugendförderung eine Plattform, ihre Aktivitäten öffentlich bekannt zu machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medienanlässe, etc.).

6. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2011. Die Geschäftsstelle LA21, die Jugendförderung Kanton Solothurn und das Amt für soziale Sicherheit bereiten eine allfällige Verlängerung rechtzeitig vor und unterbreiten sie den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung.

Solothurn, 3. November 2008

Trägerschaft Agenda 21 Kt. Solothurn

Walter Straumann

Walter Straumann

Regierungsrat, Präsident Trägerschaft

Amt für soziale Sicherheit ASO

Marcel Chatelain

Marcel Chatelain

Chef ASO

Jugendförderung Kanton Solothurn

Marcus Casutt

Marcus Casutt

Leiter Fachstelle

M. Gander

Marcus Gander

Geschäftsleiter Infoklick.ch

Verband Solothurner Einwohnergemeinden

Kuno Tschumi

Kuno Tschumi

Präsident VSEG

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Gemeinden (AGEM) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Gemeinden (AGEM) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des AGEM im Jahr 2008. Das AGEM hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des AGEM und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des AGEM zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das AGEM beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Regionale Zusammenarbeit
- Mitarbeitendenzufriedenheit

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem AGEM vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das AGEM, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

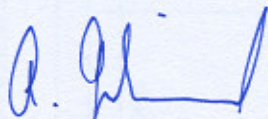
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom AGEM erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das AGEM bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

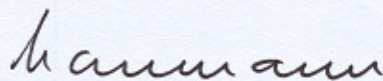
Solothurn, im April 2008

Amt für Gemeinden



André Grolimund
Amtschef

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des AGEM zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Raumentwicklung und Verkehr			<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>			
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Anzahl Projekte, bei denen Regionen Partner des Kantons sind. Anzahl Projekte der regionalen Zusammenarbeit, bei denen der Kanton mitwirkt.	AFIN, AGEM, AVT, ARP, AWJF, AVK, ASO	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.

Wirtschaft, Produktion und Konsum			<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>			
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Mitarbeitendenzufriedenheit	Erfassung der Mitarbeitendenzufriedenheit, Formulierung und Einleitung von Umsetzungsmassnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitendenzufriedenheit ist erfasst, Umsetzungsmassnahmen sind formuliert und eingeleitet.	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN, ASO	Gering	Gross Verbesserte Mitarbeiterzufriedenheit und – gesundheit.	Mittel Reduktion der Ausfälle (burnout, Krankheit, etc.).

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Raumplanung (ARP) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Raumplanung (ARP) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des ARP im Jahr 2008. Das ARP hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des ARP und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des ARP zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das ARP beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Positionierung des Gesamt-Regierungsrates für Nachhaltige Entwicklung (vorbereitende Arbeiten)
- Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte
- Nachhaltigkeits-Kriterien für Einzonungsbegehren
- Nachhaltigkeitsbeurteilung
- Regionale Zusammenarbeit
- Gesundheit der Mitarbeitenden

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem ARP vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das ARP, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

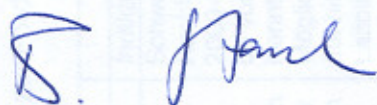
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom ARP erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das ARP bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

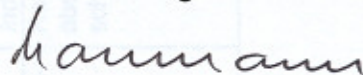
Solothurn, im April 2008

Amt für Raumplanung



Bernard Staub
Amtschef

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des ARP zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Rahmenbedingungen Politik und Verwaltung		<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>			<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Positionierung des Gesamt-Regierungsrates für Nachhaltige Entwicklung	Es wird eine Botschaft ausgearbeitet, mit welcher der Regierungsrat aufgefordert wird, sich zu einer Nachhaltigen Entwicklung zu bekennen und weitere Massnahmen zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung zu treffen. Das Leitbild 2009-2013 des Regierungsrates soll auf eine Nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden.	Schwerpunktprogramm Nachhaltige Entwicklung 2009-2011 liegt vor und wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen. (Nach Möglichkeit wird im RRB darauf hingewiesen, dass das Leitbild 2009-2013 des Regierungsrats an den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden soll.)	Alle Lead: ARP	Gross Diverse Bereiche	Gross Diverse Bereiche	Gross Diverse Bereiche

Energie und Klima		<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>			<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte	Vermehrte Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge und Geräte.	Reduktion Treibstoffverbrauch absolut, Reduktion spezifischer Treibstoffverbrauch.	AfU (Lead), ARP, AVT, ALW	Mittel Reduktion des Ausstosses des Klimagases CO ₂ . Verminderung des Schadstoffausstosses.	Gering Gezielte Aktionen im Amt ermöglichen eine Auseinandersetzung mit Mobilitätsverhalten	Gering Indirekte Verbesserungen (z.B. Reduktion externer Kosten)

Raumentwicklung und Verkehr				<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Nachhaltigkeits-Kriterien für Einzonungsbegehren	Das ARP stellt den Gemeinden eine Checkliste (Leitfaden, Arbeitshilfe) zur Erarbeitung des räumlichen Leitbildes zur Verfügung, in welcher die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt sind.	Checkliste zur Erarbeitung des räumlichen Leitbildes (oder ähnliche Grundlage) besteht, ist den Gemeinden und Regionen bekannt und wird angewendet.	ARP, ALW	Gross Positive Wirkungen auf Natur und Landschaft	Gross Positive Wirkung auf Siedlungs- und Erholungsraum und damit auf die Lebensqualität	Gering Minimierung der Infrastrukturkosten der öffentlichen Hand möglich.
Nachhaltigkeitsbeurteilung	Ausgewählte KABUW-Projekte werden einer Nachhaltigkeitsbeurteilung (z.B. Nachhaltigkeitskompass) unterzogen. Das ARP veranlasst, dass alle involvierten Ämter die Checkliste ausfüllen, bereitet die Resultate auf und stellt sie der KABUW zur Verfügung.	Anzahl Projekte, die einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen werden.	ARP	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Anzahl Projekte, bei denen Regionen Partner des Kantons sind. Anzahl Projekte der regionalen Zusammenarbeit, bei denen der Kanton mitwirkt.	AFIN, AGEM, AVT, ARP, AWJF, AVK, ASO	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.
Öffentliche Gesundheit, Sport und Bewegungsförderung				<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Gesundheit der Mitarbeitenden	Erährungs-, Bewegungs- und Life-Balance-Beratung im Amt.	Mindestens eine Beratung pro Jahr findet im Amt statt.	ARP, AVT, ASO, AKS	Gross Förderung von Produkten mit guter Ökobilanz möglich.	Gross Verbesserte Gesundheit der Mitarbeitenden Förderung von Produkten aus dem fairen Handel möglich	Mittel Geringere Gesundheitskosten

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Kultur und Sport (AKS) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Kultur und Sport (AKS) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des AKS im Jahr 2008. Das AKS hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des AKS und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des AKS zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das AKS beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze
- Mitarbeitendenzufriedenheit
- Gesundheit der Bevölkerung
- Gesundheit der Mitarbeitenden

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem AKS vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das AKS, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

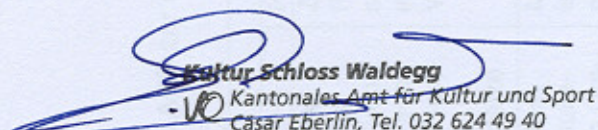
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom AKS erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

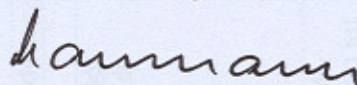
Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das AKS bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

Solothurn, im April 2008

Amt für Kultur und Sport


Kultur Schloss Waldegg
Kantonales Amt für Kultur und Sport
Cäsar Eberlin, Tel. 032 624 49 40
Schloss Waldegg 1
4592 Felsbrunnen-St. Niklaus
Cäsar Eberlin
Amtschef 21.04.08

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des AKS zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Wirtschaft, Produktion und Konsum			Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft
Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze	Schaffung von Lehrstellen inner- und ausserhalb der Verwaltung. Schaffung von Praktikumsplätzen und von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger. Schaffung niederschwelliger Arbeitsplätze.	Zunahme der Lehrstellen, Praktikums- und niederschwelligen Arbeitsplätze inner- und ausserhalb der Verwaltung.	HBA, ABMH, AfU, AKS, ASO	Gering	Zufriedene Schulabgänger mit Zukunftsperspektiven und kontinuierlichem Lebenslauf.
Mitarbeitendenzufriedenheit	Erfassung der Mitarbeitendenzufriedenheit, Formulierung und Einleitung von Umsetzungsmaßnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitendenzufriedenheit ist erfasst, Umsetzungsmaßnahmen sind formuliert und eingeleitet.	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN, ASO	Gering	Gross Verbesserte Mitarbeiterzufriedenheit und – gesundheit.
					Mittel Reduktion der Ausfälle (burnout, Krankheit, etc.).

Öffentliche Gesundheit, Sport und Bewegungsförderung			Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft
Gesundheit der Bevölkerung	Förderung von Bewegung und Sport im auserschulischen Bereich.	Zunahme der auserschulischen Sport- und Bewegungsangebote.	AKS, AVT	Mittel Reduktion von Lärm, Verkehr und CO ₂ -Emissionen (z.B. LOS).	Gross Verbesserte Gesundheit der Bevölkerung, weniger Belastung durch Verkehr.
					Mittel Geringere Gesundheitskosten.
Gesundheit der Mitarbeitenden	Erährungs-, Bewegungs- und Life-Balance-Beratung im Amt.	Mindestens eine Beratung pro Jahr findet im Amt statt.	ARP, AVT, ASO, AKS	Gross Förderung von Produkten mit guter Ökobilanz möglich.	Gross Verbesserte Gesundheit der Mitarbeitenden Förderung von Produkten aus dem fairen Handel möglich.
					Mittel Geringere Gesundheitskosten.

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Volksschule und Kindergarten (AVK) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Volksschule und Kindergarten (AVK) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des AVK im Jahr 2008. Das AVK hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des AVK und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des AVK zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das AVK beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Regionale Zusammenarbeit
- Mitarbeitendenzufriedenheit

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem AVK vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das AVK, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

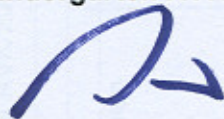
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom AVK erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das AVK bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

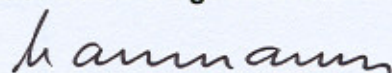
Solothurn, im April 2008

**Amt für Volksschule und
Kindergarten AVK**



Andreas Walter
Amtsvorsteher

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des AVK zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Raumentwicklung und Verkehr		<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>			
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Anzahl Projekte, bei denen Regionen Partner des Kantons sind. Anzahl Projekte der regionalen Zusammenarbeit, bei denen das AFIN mitwirkt.	AFIN, AGEM, AVT, ARP, AWJF, AVK, ASO	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.

Wirtschaft, Produktion und Konsum		<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>			
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>
Mitarbeitendenzufriedenheit	Erfassung der Mitarbeitendenzufriedenheit, Formulierung und Einleitung von Umsetzungsmassnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitendenzufriedenheit ist erfasst, Umsetzungsmassnahmen sind formuliert und eingeleitet.	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN, ASO	Gering	Gross Verbesserte Mitarbeiterzufriedenheit und – gesundheit. Mittel Reduktion der Ausfälle (burnout, Krankheit, etc.).

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Finanzen (AFIN) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Finanzen (AFIN) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des AFIN im Jahr 2008. Das AFIN hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des AFIN und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des AFIN zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das AFIN beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Rahmenbedingungen für die Verwaltung - WOV
- Regionale Zusammenarbeit
- Teilzeitarbeit
- Mitarbeitendenzufriedenheit
- Ressourcenschutz

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem AFIN vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das AFIN, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

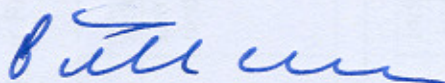
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom AFIN erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das AFIN bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

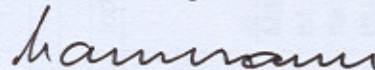
Solothurn, im April 2008

Amt für Finanzen



Andreas Bühlmann
Amtschef

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des AFIN zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Rahmenbedingungen Politik und Verwaltung		<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>			<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Rahmenbedingungen für die Verwaltung - WOV	WOV ergänzen mit NH-Kriterien	Die WOV ist mit NH-Kriterien und Indikatoren ergänzt	AFIN, diverse weitere Ämter	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.

Raumentwicklung und Verkehr		<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>			<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Anzahl Projekte, bei denen Regionen Partner des Kantons sind. Anzahl Projekte der regionalen Zusammenarbeit, bei denen das AFIN mitwirkt.	AFIN, AGEM, AVT, ARP, AWJF, AVK, ASO	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.

Wirtschaft, Produktion und Konsum		<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>			<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>	<i>Wirtschaft</i>
Teilzeitarbeit	Schaffung mehr Teilzeit-Jobangebote.		AFIN, ASO	Gering	Mittel Verbesserte Work-Life-Balance.	Mittel Reduktion der Arbeitslosigkeit.
Mitarbeitenden-zufriedenheit	Erfassung der Mitarbeitenden-zufriedenheit, Formulierung und Einleitung von Umsetzungsmaßnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitenden-zufriedenheit ist erfasst, Umsetzungsmaßnahmen sind formuliert und eingeleitet.	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN, ASO	Gering	Gross Verbesserte Mitarbeiterzufriedenheit und – gesundheit.	Mittel Reduktion der Ausfälle (burnout, Krankheit, etc.).

Nutzung natürlicher Ressourcen				Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Ressourcenschutz	Erfassung und Verminderung Wasser- und Papierverbrauch sowie Abfallmenge.	- Für 2008 sind die Verbrauchs-Daten erfasst. - Mindestens eine Massnahme zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurde umgesetzt.	ASO, AFIN, AfU	Mittel Reduktion des Ressourcenverbrauchs hat eine Verminderung der Umweltbelastung zur Folge	Gering Projekte ermöglichen beispielsweise eine abteilungsübergreifende Zusammenarbeit.	Mittel Auch wenn in einer Anfangsphase minimale Investitionen an Zeit und Geld häufig notwendig sind, sind finanzielle Einsparungen zu erwarten.

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für soziale Sicherheit (ASO) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für soziale Sicherheit (ASO) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des ASO im Jahr 2008. Das ASO hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des ASO und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des ASO zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das ASO beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Rahmenbedingungen für die Verwaltung – Balance Scorecard (Amt prüft Einführung)
- Stromverbrauch
- Regionale Zusammenarbeit
- Lehrstellen-, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze
- Teilzeitarbeit
- Mitarbeitendenzufriedenheit
- Ressourcenschutz
- Gesundheit der Mitarbeitenden

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem ASO vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das ASO, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

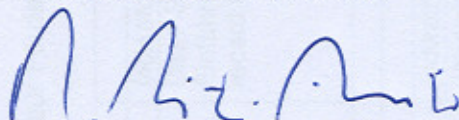
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom ASO erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das ASO bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

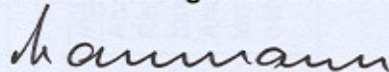
Solothurn, im April 2008

Amt für soziale Sicherheit



Marcel Châtelain
Amtschef

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des ASO zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Rahmenbedingungen Politik und Verwaltung		Indikator	Ämter	Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten			Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Rahmenbedingungen für die Verwaltung – Balance Scorecard ¹	Das ASO prüft mittelfristig, ob sich die Einführung der Balance Scorecard lohnt.	Das ASO weiss, ob sich die Einführung der Balance Scorecard für das Amt lohnt.	Afu, ASO (prüft Einführung)	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.

Energie und Klima		Mögliche relevante Wirkungen auf				
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Stromverbrauch	Jedes Amt erarbeitet spezifische Massnahmen, um seinen Stromverbrauch jährlich zu senken. Es erfasst dazu den jährlichen Stromverbrauch.	Jährlicher Stromverbrauch.	HBA, AGEM, ASO, ALW	Mittel Reduktion Gesamtenergieverbrauch	Gering	Mittel Reduktion Energiekosten

Raumentwicklung und Verkehr			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Anzahl Projekte, bei denen Regionen Partner des Kantons sind. Anzahl Projekte der regionalen Zusammenarbeit, bei denen der Kanton mitwirkt.	AFIN, AGEM, AVT, ARP, AWJF, AVK, ASO	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.

¹ Mit diesem Führungsinstrument soll die Entwicklung des Amtes in mehreren Dimensionen überwacht und gesteuert werden. Dieses Führungsinstrument, das Mitte der 90er Jahre für die Wirtschaft entwickelt wurde, hat auf den ersten Blick nichts mit Nachhaltigkeit direkt zu tun. Bei genauer Betrachtung enthält die Balance Scorecard aber im Wesentlichen die Säulen der Nachhaltigen Entwicklung.

Wirtschaft, Produktion und Konsum			<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>
Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze	Schaffung von Lehrstellen inner- und ausserhalb der Verwaltung. Schaffung von Praktikumsplätzen und von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger. Schaffung niederschwelliger Arbeitsplätze.	Zunahme der Lehrstellen, Praktikums- und niederschwelligen Arbeitsplätze inner- und ausserhalb der Verwaltung.	HBA, ABMH, AfU, AKS, ASO	Gering	Förderung des Berufseinstiegs und der Arbeitsqualität, Reduktion der Sozialausgaben.
Teilzeitarbeit	Schaffung mehr Teilzeit-Jobangebote.		AFIN, ASO	Gering	Mittel Verbesserte Work-Life-Balance.
Mitarbeitenden-zufriedenheit	Erfassung der Mitarbeitenden-zufriedenheit, Formulierung und Einleitung von Umsetzungsmaßnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitenden-zufriedenheit ist erfasst, Umsetzungsmaßnahmen sind formuliert und eingeleitet.	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN, ASO	Gering	Gross Verbesserte Mitarbeiterzufriedenheit und –gesundheit.
					Mittel Reduktion der Ausfälle (burn-out, Krankheit, etc.).

Nutzung natürlicher Ressourcen			<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>		
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Gesellschaft</i>
Ressourcenschutz	Wasser- und Papierverbrauch sowie Abfallmenge erfassen und vermindern.	- Für 2008 sind die Verbrauchs-Daten erfasst. - Mindestens eine Massnahme zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurde umgesetzt.	ASO, AFIN, AfU	Reduktion des Ressourcenverbrauchs hat eine Verminderung der Umweltbelastung zur Folge	Auch wenn in einer Anfangsphase minimale Investitionen an Zeit und Geld häufig notwendig sind, sind finanzielle Einsparungen zu erwarten.

Öffentliche Gesundheit, Sport und Bewegungsförderung					
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Mögliche relevante Wirkungen auf
Gesundheit der Mitarbeitenden	Ernährungs-, Bewegungs- und Life-Balance-Beratung im Amt.	Mindestens eine Beratung pro Jahr findet im Amt statt.	ARP, AVT, ASO, AKS	Gross Förderung von Produkten mit guter Ökobilanz möglich.	Gross Verbesserte Gesundheit der Mitarbeitenden Förderung von Produkten aus dem fairen Handel möglich Mittel Geringere Gesundheitskosten
Sozialer Zusammenhalt, Demografie und Migration					
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Mögliche relevante Wirkungen auf
Diese Schlüsselherausforderung gehört zu den Kernbereichen des Amts für Soziale Sicherheit ASO. Das ASO setzt aus diesem Grund bereits diverse Massnahmen in diesem Bereich um.					

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Landwirtschaft (ALW) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Landwirtschaft (ALW) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des ALW im Jahr 2008. Das ALW hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des ALW und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des ALW zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das ALW beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Stromverbrauch
- Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte
- Nachhaltigkeitskriterien für Einzonungsbegehren
- Mitarbeitendenzufriedenheit

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem ALW vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das ALW, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

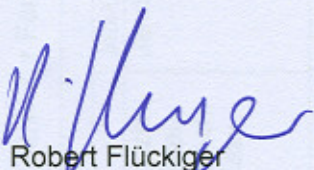
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom ALW erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das ALW bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

Solothurn, im April 2008

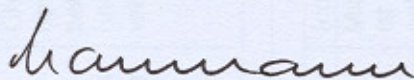
Amt für Landwirtschaft



Robert Flückiger

Amtsvorsteher

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann

Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des ALW zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Energie und Klima		Mögliche relevante Wirkungen auf				
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Stromverbrauch	Jedes Amt erarbeitet spezifische Massnahmen, um seinen Stromverbrauch jährlich zu senken. Es erfasst dazu den jährlichen Stromverbrauch.	Jährlicher Stromverbrauch.	HBA, AGEM, ASO, ALW	Mittel Reduktion Gesamtenergieverbrauch	Gering	Mittel Reduktion Energiekosten
Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte	Vermehrte Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge und Geräte.	Reduktion Treibstoffverbrauch absolut, Reduktion spezifischer Treibstoffverbrauch.	Afu (Lead), ARP, AVT, ALW	Mittel Reduktion des Ausstosses des Klimagas CO ₂ , Verminderung des Schadstoffausstosses.	Gering Gezielte Aktionen im Amt ermöglichen eine Auseinandersetzung mit Mobilitätsverhalten	Gering Indirekte Verbesserungen (z.B. Reduktion externer Kosten)

Raumentwicklung und Verkehr			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Nachhaltigkeits-Kriterien für Einzonungsbegehren	Das Amt stellt den Gemeinden eine Checkliste (Leitfaden, Arbeitshilfe) zur Erarbeitung des räumlichen Leitbilds zur Verfügung, in welcher die drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt sind.	Checkliste zur Erarbeitung des räumlichen Leitbildes besteht, ist den Gemeinden und Regionen bekannt und wird angewendet.	ARP, ALW	Gross Positive Wirkungen auf Natur und Landschaft	Gross Positive Wirkung auf Siedlungs- und Erholungsraum und damit auf die Lebensqualität	Gering Minimierung der Infrastrukturkosten der öffentlichen Hand möglich.

Wirtschaft, Produktion und Konsum			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Mitarbeitenden-zufriedenheit	Erfassung der Mitarbeitenden-zufriedenheit, Formulierung und Einleitung von Umsetzungsmassnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitenden-zufriedenheit ist erfasst, Umsetzungsmassnahmen sind formuliert und eingeleitet.	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN, ASO	Gering	Gross Verbesserte Mitarbeiterzufriedenheit und – gesundheit.	Mittel Reduktion der Ausfälle (burn-out, Krankheit, etc.).

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Wald, Jagd und Fischerei (AWJF) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Wald, Jagd und Fischerei (AWJF) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des AWJF im Jahr 2008. Das AWJF hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des AWJF und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des AWJF zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das AWJF beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Holzenergie
- Regionale Zusammenarbeit
- Schutz des Waldbodens vor Verdichtung

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem AWJF vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das AWJF, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom AWJF erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das AWJF bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

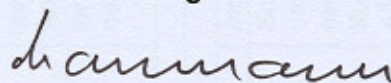
Solothurn, im April 2008

Amt für Wald, Jagd und Fischerei AWJF



Jürg Froelicher
Kantonsoberförster

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des AWJF zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Energie und Klima		Mögliche relevante Wirkungen auf				
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Holzenergie	Produktions- und Nutzungspotenzial für Holzenergie regional abschätzen. Förderprogramm Energieeffizienz/Erneuerbare Energien.	Menge produziertes und genutztes Energieholz sowie potenzielle Abnehmer sind eruiert. Menge des genutzten Energieholzes nimmt zu.	AWJF	Gross Reduktion der CO ₂ -Emissionen. Minimierung des zusätzlichen Feinstaub-Ausstosses durch Einsatz neuester Technik.	Mittel Gesellschaftliches Umdenken (Zusammenarbeit) muss stattfinden.	Gross Neue Anlagen, regionale Wertschöpfung

Raumentwicklung und Verkehr			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Anzahl Projekte, bei denen Regionen Partner des Kantons sind. Anzahl Projekte der regionalen Zusammenarbeit, bei denen der Kanton mitwirkt.	AFIN, AGEM, AVT, ARP, AWJF, AVK, ASO	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.

Nutzung natürlicher Ressourcen			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Schutz des Waldbodens vor Verdichtung	Umsetzungsprogramm zur Vermeidung/ Verminderung der Bodenverdichtung	Schulung der Betriebsleiter und der Forstunternehmer/Maschinenführer (Anzahl Kurse). Allenfalls verbindliche Vorgaben bei der Waldbewirtschaftung.	AWJF	Gross (Fruchtbarkeit der Waldböden)	Gross Positive Wirkung auf den Erholungsraum Wald und damit auf die Lebensqualität	Klein

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen (ABMH) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen (ABMH) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des ABMH im Jahr 2008. Das ABMH hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des ABMH und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des ABMH zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das ABMH beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem ABMH vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das ABMH, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

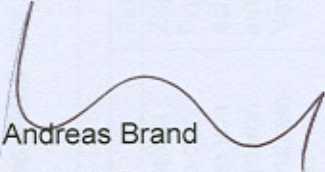
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom ABMH erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

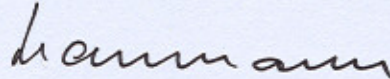
Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das ABMH bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

Solothurn, im April 2008

**Amt für Berufsbildung, Mittel-
und Hochschulen**


Andreas Brand
Amtschef

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des ABMH zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Wirtschaft, Produktion und Konsum			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze	Schaffung von Lehrstellen inner- und ausserhalb der Verwaltung. Schaffung von Praktikumsplätzen und von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger. Schaffung niederschwelliger Arbeitsplätze.	Zunahme der Lehrstellen, Praktikums- und niederschwelligen Arbeitsplätze inner- und ausserhalb der Verwaltung.	HBA, ABMH, AfU, AKS, ASO	Gering	Zufriedene Schulabgänger mit Zukunftsperspektiven und kontinuierlichem Lebenslauf.	Förderung des Berufseinstiegs und der Arbeitsqualität, Reduktion der Sozialausgaben.

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des AVT im Jahr 2008. Das AVT hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des AVT und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des AVT zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das AVT beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte
- Regionale Zusammenarbeit
- Mobilität
- Gesundheit der Mitarbeitenden
- Gesundheit der Bevölkerung

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem AVT vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das AVT, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom AVT erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das AVT bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

Solothurn, im April 2008

Amt für Verkehr und Tiefbau

René Suter
Kantonsingenieur

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**

Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des AVT zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Energie und Klima		Mögliche relevante Wirkungen auf				
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte	Vermehrte Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge und Geräte.	Reduktion Treibstoffverbrauch absolut, Reduktion spezifischer Treibstoffverbrauch.	AfU (Lead), ARP, AVT, ALW	Mittel Reduktion des Ausstosses des Klimagases CO ₂ . Verminderung des Schadstoffausstosses.	Gering Gezielte Aktionen im Amt ermöglichen eine Auseinandersetzung mit Mobilitätsverhalten	Gering Indirekte Verbesserungen (z.B. Reduktion externer Kosten)

Raumentwicklung und Verkehr			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Anzahl Projekte, bei denen Regionen Partner des Kantons sind. Anzahl Projekte der regionalen Zusammenarbeit, bei denen der Kanton mitwirkt.	ARP, AFIN, AGEM, AVT, AWJF, AVK, ASO	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.
Mobilität	Mobilität im Amt organisieren (mitfahren, etc.)		AVT (Lead), AfU	Mittel Reduktion des Ausstosses des Klimagases CO ₂ . Verminderung des Schadstoffausstosses.	Mittel Auseinandersetzung mit Mobilitätsverhalten	Gering Indirekte Verbesserungen (z.B. Reduktion externer Kosten)

Öffentliche Gesundheit, Sport und Bewegungsförderung				Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Gesundheit der Bevölkerung	Förderung von Bewegung und Sport im ausser-schulischen Bereich.	Zunahme der ausser-schulischen Sport- und Bewegungsangebote.	AKS, AVT	Mittel Reduktion von Lärm, Verkehr und CO ₂ -Emissionen (z.B. LOS)	Gross Verbesserte Gesundheit der Bevölkerung, weniger Belastung durch Verkehr	Mittel Geringere Gesundheitskosten
Gesundheit der Mitarbeitenden	Ernährungs-, Bewegungs- und Life-Balance-Beratung im Amt.	Mindestens eine Beratung pro Jahr findet statt. Die Mitarbeiter des Amtes haben die Möglichkeit, an dieser Beratung teilzunehmen.	ARP, AVT, ASO, AKS	Gross Förderung von Produkten mit guter Ökobilanz möglich.	Gross Verbesserte Gesundheit der Mitarbeitenden Förderung von Produkten aus dem fairen Handel möglich	Mittel Geringere Gesundheitskosten

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Hochbauamt (HBA) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Hochbauamt (HBA) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des HBA im Jahr 2008. Das HBA hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des HBA und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des HBA zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das HBA beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Stromverbrauch
- Energieeffizientes Bauen
- Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze
- Beschaffung Mobiliar
- Investitionen

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem HBA vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das HBA, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom HBA erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das HBA bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

Solothurn, im April 2008

Hochbauamt

M. Kraus

Martin Kraus
Amtschef

Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung

W. Straumann

Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des HBA zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Energie und Klima		<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>			
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wirtschaft</i>
Stromverbrauch	Mit kostengünstigen und einfachen Mitteln soll der jährliche Energieverbrauch für die Beleuchtung reduziert werden.	Jährlicher Stromverbrauch.	HBA, AGEM, ASO, ALW	Mittel Reduktion Gesamtenergieverbrauch	Mittel Reduktion Energiekosten
Energieeffizientes Bauen	Fertigstellung und Umsetzung kantonales Energiekonzept (AWA). Erstellung eines Energieleitbildes für Bauten (HBA).	Kantonales Energiekonzept ist fertig gestellt und wird umgesetzt (AWA). Energieleitbild ist erstellt (HBA).	HBA	Gross Reduktion Gesamtenergieverbrauch und von CO ₂ -Emissionen	Gross Kostenreduktion für Energie-trägerbeschaffung, regionale Wertschöpfung

Wirtschaft, Produktion und Konsum		<i>Mögliche relevante Wirkungen auf</i>			
<i>Zielbereich</i>	<i>Aktivitäten</i>	<i>Indikator</i>	<i>Ämter</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wirtschaft</i>
Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze	Schaffung von Lehrstellen inner- und ausserhalb der Verwaltung. Schaffung von Praktikumsplätzen und von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger. Schaffung niederschwelliger Arbeitsplätze.	Zunahme der Lehrstellen, Praktikums- und niederschwelligen Arbeitsplätze inner- und ausserhalb der Verwaltung.	HBA, ABMH, Afl, AKS, ASO	Gering	Förderung des Berufseinstiegs und der Arbeitsqualität, Reduktion der Sozialausgaben.
Beschaffung Mobiliar	Es werden Nachhaltigkeitskriterien für die Mobiliarbeschaffung formuliert und angewendet.		HBA	Mittel Diverse Bereiche	Mittel Diverse Bereiche
Investitionen	Prüfung der Wirtschaftlichkeit von Investitionen		HBA	Gering	Gross

Nachhaltigkeitserklärung

zwischen dem Amt für Umwelt (AfU) und der Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung Kanton Solothurn

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an.

Das Amt für Umwelt (AfU) fördert mit verschiedenen Massnahmen die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Solothurn. Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst konkrete diesbezügliche Aktivitäten des AfU im Jahr 2008. Das AfU hat sich dazu am Kader-Workshop vom 26. September 2007 verpflichtet. Die Massnahmen unterliegen einem Controlling Anfang 2009.

Die Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen des AfU und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Massnahmen des AfU zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2008

Das AfU beabsichtigt, bis Ende 2008 in folgenden Bereichen Massnahmen als Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung zu planen und umzusetzen (die Massnahmen sind im Anhang I konkretisiert):

- Rahmenbedingungen für die Verwaltung – Balance Scorecard
- Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte
- Mobilität
- Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze
- Mitarbeitendenzufriedenheit
- Ressourcenschutz

3. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert dem AfU vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

4. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Das AfU, unterstützt durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, legt mit einem kurzen Controlling-Bericht per 31.12.2008 über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab.

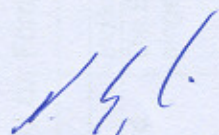
Die kantonale Geschäftsstelle LA 21 kann die vom AfU erbrachten Leistungen öffentlich bekannt machen (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

5. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2008. Die Geschäftsstelle LA 21 und das AfU bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

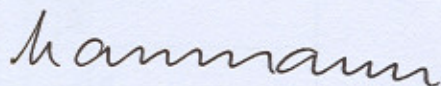
Solothurn, im April 2008

Amt für Umwelt



Markus Egli
Amtschef

**Kantonale Trägerschaft zur Förderung
der Nachhaltigen Entwicklung**



Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident

Anhang I: Ziele und geplante Massnahmen des AfU zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2008.

Rahmenbedingungen Politik und Verwaltung				Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Rahmenbedingungen für die Verwaltung – Balance Scorecard ¹	Die Balance Scorecard wird eingeführt	Die Balance Scorecard ist eingeführt	AfU, ASO (prüft Einführung)	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.

Energie und Klima				Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte	Vermehrte Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge und Geräte.	Reduktion Treibstoffverbrauch absolut, Reduktion spezifischer Treibstoffverbrauch.	AfU (Lead), ARP, AVT, ALW	Mittel Reduktion des Ausstosses des Klimagases CO ₂ . Verminderung des Schadstoffausstosses.	Gering Gezielte Aktionen im Amt ermöglichen eine Auseinandersetzung mit Mobilitätsverhalten	Gering Indirekte Verbesserungen (z.B. Reduktion externer Kosten)

Raumentwicklung und Verkehr				Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Mobilität	Mobilität im Amt organisieren (mitfahren, etc.)		AVT, AfU	Mittel Reduktion des Ausstosses des Klimagases CO ₂ . Verminderung des Schadstoffausstosses.	Mittel Auseinandersetzung mit Mobilitätsverhalten	Gering Indirekte Verbesserungen (z.B. Reduktion externer Kosten)

¹ Mit diesem Führungsinstrument soll die Entwicklung des Amtes in mehreren Dimensionen überwacht und gesteuert werden. Dieses Führungsinstrument, das Mitte der 90er Jahre für die Wirtschaft entwickelt wurde, hat auf den ersten Blick nichts mit Nachhaltigkeit direkt zu tun. Bei genauer Betrachtung enthält die Balance Scorecard aber im Wesentlichen die Säulen der Nachhaltigen Entwicklung.

Wirtschaft, Produktion und Konsum				Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze	Schaffung von Lehrstellen inner- und ausserhalb der Verwaltung. Schaffung von Praktikumsplätzen und von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger. Schaffung niederschwelliger Arbeitsplätze.	Zunahme der Lehrstellen, Praktikums- und niederschwelligen Arbeitsplätze inner- und ausserhalb der Verwaltung.	HBA, ABMH, AfU, AKS, ASO	Gering	Zufriedene Schulabgänger mit Zukunftsperspektiven und kontinuierlichem Lebenslauf.	Förderung des Berufseinstiegs und der Arbeitsqualität, Reduktion der Sozialausgaben.
Mitarbeitendenzufriedenheit	Erfassung der Mitarbeitendenzufriedenheit, Formulierung und Einleitung von Umsetzungsmaßnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitendenzufriedenheit ist erfasst, Umsetzungsmaßnahmen sind formuliert und eingeleitet.	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN, ASO	Gering	Gross Verbesserte Mitarbeiterzufriedenheit und – gesundheit.	Mittel Reduktion der Ausfälle (burnout, Krankheit, etc.).

Nutzung natürlicher Ressourcen				Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Ressourcenschutz	Wasser- und Papierverbrauch sowie Abfallmenge erfassen und vermindern.	- Für 2008 sind die Verbrauchs-Daten erfasst. - Mindestens eine Massnahme zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurde umgesetzt.	ASO, AFIN, AfU	Reduktion des Ressourcenverbrauchs hat eine Verminderung der Umweltbelastung zur Folge	Auswirkungen gering (Projekte ermöglichen aber beispielsweise eine abteilungsübergreifende Zusammenarbeit)	Auch wenn in einer Anfangsphase minimale Investitionen an Zeit und Geld häufig notwendig sind, sind finanzielle Einsparungen zu erwarten.

Aktivitäten der kantonalen Verwaltung zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung in der Übersicht

A. Schaffung von Rahmenbedingungen in Politik und Verwaltung

Zielbereich	Beteiligte Ämter
Positionierung des Gesamt-Regierungsrates für Nachhaltige Entwicklung	Alle. Lead: ARP
Rahmenbedingungen für die Verwaltung - WOV	AFIN
Rahmenbedingungen für die Verwaltung - Balance Scorecard	AfU

B. Ziele, welche für das Tagesgeschäft der kantonalen Verwaltung gelten, gegliedert nach den Schlüsselherausforderungen der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2007 des Bundes.

1. Energie und Klima

Zielbereich	Beteiligte Ämter
Stromverbrauch	HBA, ASO, ALW (ohne AGEM)
Biogas	Noch zu definieren
Holzenergie	AWJF
Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte	AfU, AKS, ARP, AVT, ALW
Energieeffizientes Bauen	HBA

2. Raumentwicklung und Verkehr

Zielbereich	Beteiligte Ämter
NH-Kriterien für Einzonungsbegehren	ARP, ALW
Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB)	ARP
Regionale Zusammenarbeit	AFIN, AGEM, AVT, ARP, AWJF, AVK, ASO
Mobilität	AVT, AfU

3. Wirtschaft, Produktion und Konsum

Zielbereich	Beteiligte Ämter
Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze	HBA, ABMH, AfU, AKS
Teilzeitarbeit	AFIN
Mitarbeitendenzufriedenheit	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN
Beschaffung Büromaterial	Noch zu definieren
Beschaffung Mobiliar	HBA
Investitionen	HBA

4. Nutzung natürlicher Ressourcen

Zielbereich	Beteiligte Ämter
Ressourcenschutz	Alle. Lead: ARP
Schutz des Waldbodens vor Verdichtung	AWJF

5. Sozialer Zusammenhalt, Demografie und Migration

Ziele werden ab 2009 definiert.

6. Öffentliche Gesundheit, Sport und Bewegungsförderung

Zielbereich	Beteiligte Ämter
Gesundheit der Bevölkerung	AKS
Gesundheit der Mitarbeitenden	ARP, GESA, AVT, ASO

7. Globale Entwicklungs- und Umweltherausforderungen

Ziele werden ab 2009 definiert.

Aktivitäten der kantonalen Verwaltung zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung im Detail

A. Schaffung politischer Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen Politik und Verwaltung		Indikator	Ämter	Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten			Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Positionierung des Gesamt-Regierungsrats für Nachhaltige Entwicklung	Es wird eine Botschaft ausgearbeitet, mit welcher der Regierungsrat aufgefordert wird, sich zu einer Nachhaltigen Entwicklung zu bekennen und weitere Massnahmen zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung zu treffen. Das Leitbild 2010-2013 des Regierungsrates soll auf eine Nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden.	Der Gesamtregierungsrat bekennt sich zu einer Nachhaltigen Entwicklung und verabschiedet einen RRB zu deren Förderung.	Alle Lead: ARP	Gross Diverse Bereiche	Gross Diverse Bereiche	Gross Diverse Bereiche
Rahmenbedingungen für die Verwaltung - WOV	WOV ergänzen mit NH-Kriterien	Die WOV ist mit NH-Kriterien und Indikatoren ergänzt	AFIN, diverse weitere Ämter	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.
Rahmenbedingungen für die Verwaltung – Balance Scorecard ¹	Die Balance Scorecard wird eingeführt	Die Balance Scorecard ist eingeführt	AfU, ASO (prüft Einführung)	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.	Gross Auswirkungen stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung.

¹ Mit diesem Führungsinstrument soll die Entwicklung des Amtes in mehreren Dimensionen überwacht und gesteuert werden. Dieses Führungsinstrument, das Mitte der 90er Jahre für die Wirtschaft entwickelt wurde, hat auf den ersten Blick nichts mit Nachhaltigkeit direkt zu tun. Bei genauer Betrachtung enthält die Balance Scorecard aber im Wesentlichen die Säulen der Nachhaltigen Entwicklung.

B. Umsetzung im Tagesgeschäft der kantonalen Verwaltung, gegliedert nach den Schlüsselherausforderungen der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2007 des Bundes

Energie und Klima			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Stromverbrauch	Jedes Amt erarbeitet spezifische Massnahmen, um seinen Stromverbrauch jährlich zu senken. Es erfasst dazu den jährlichen Stromverbrauch.	Jährlicher Stromverbrauch.	HBA, AGEM, ASO, ALW	Mittel Reduktion Gesamtenergieverbrauch	Gering	Mittel Reduktion Energiekosten
Biogas	Potenzialabklärungen für überbetriebliche Biogasanlagen.			Mittel Reduktion der CO ₂ -Emissionen	Gering	Mittel Regionale Wertschöpfung
Holzenergie	Produktions- und Nutzungspotenzial für Holzenergie regional abschätzen. Förderprogramm Energieeffizienz/Erneuerbare Energien.	Menge produziertes und genutztes Energieholz sowie potenzielle Abnehmer sind eruiert. Menge des genutzten Energieholzes nimmt zu.	AWJF	Gross Reduktion der CO ₂ -Emissionen. Minimierung des zusätzlichen Feinstaub-Ausstosses durch Einsatz neuester Technik.	Mittel Gesellschaftliche Umdenken (Zusammenarbeit) muss stattfinden.	Gross Neue Anlagen, regionale Wertschöpfung
Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte	Vermehrte Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge und Geräte.	Reduktion Treibstoffverbrauch absolut, Reduktion spezifischer Treibstoffverbrauch.	Afu AKS, ARP, AVT, ALW	Mittel Reduktion des Ausstosses des Klimagases CO ₂ . Verminderung des Schadstoffausstosses.	Gering Gezielte Aktionen im Amt ermöglichen eine Auseinandersetzung mit Mobilitätsverhalten	Gering Indirekte Verbesserungen (z.B. Reduktion externer Kosten)
Energieeffizientes Bauen	Fertigstellung und Umsetzung kantonaales Energiekonzept (AWA). Erstellung eines Energieleitbildes für Bauten (HBA).	Kantonaales Energiekonzept ist fertig gestellt und wird umgesetzt (AWA). Energieleitbild ist erstellt (HBA).	HBA	Gross Reduktion Gesamtenergieverbrauch und von CO ₂ -Emissionen	Gering	Gross Kostenreduktion für Energieträgerbeschaffung, regionale Wertschöpfung

Raumentwicklung und Verkehr			Ämter	Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator		Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Nachhaltigkeits-Kriterien für Einzonungsbegehren	Das Amt stellt den Gemeinden eine Checkliste (Leitfaden, Arbeitshilfe) zur Erarbeitung des räumlichen Leitbilds zur Verfügung, in welcher die drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt sind.	Checkliste zur Erarbeitung des räumlichen Leitbildes besteht, ist den Gemeinden und Regionen bekannt und wird angewendet.	ARP, ALW	Gross Positive Wirkungen auf Natur und Landschaft	Gross Positive Wirkung auf Siedlungs- und Erholungsraum und damit auf die Lebensqualität	Gering Minimierung der Infrastrukturkosten der öffentlichen Hand möglich.
Nachhaltigkeits-beurteilung	Ausgewählte KABUW-Projekte werden einer Nachhaltigkeitsbeurteilung (z.B. Nachhaltigkeitskompass) unterzogen. Das ARP veranlasst, dass alle involvierten Ämter die Checkliste ausfüllen, bereitet die Resultate auf und stellt sie der KABUW zur Verfügung.	Zwei bis drei relevante Projekte werden einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen.	ARP	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Anzahl Projekte, bei denen Regionen Partner des Kantons sind. Anzahl Projekte der regionalen Zusammenarbeit, bei denen der Kanton mitwirkt.	AFIN, AGEM, AVT, ARP, AWJF, AVK, ASO	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.	Gross Stark vom Projekt abhängig.
Mobilität	Mobilität im Amt organisieren (mitfahren, etc.)		AVT, AfU	Mittel Reduktion des Ausstosses des Klimagases CO ₂ . Verminderung des Schadstoffausstosses.	Mittel Auseinandersetzung mit Mobilitätsverhalten	Gering Indirekte Verbesserungen (z.B. Reduktion externer Kosten)

Wirtschaft, Produktion und Konsum			Mögliche relevante Wirkungen auf			
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze	Schaffung von Lehrstellen inner- und ausserhalb der Verwaltung. Schaffung von Praktikumsplätzen und von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger. Schaffung niederschwelliger Arbeitsplätze.	Zunahme der Lehrstellen, Praktikums- und niederschwelligen Arbeitsplätze inner- und ausserhalb der Verwaltung.	HBA, ABMH, AfU, AKS	Gering	Zufriedene Schulaabgänger mit Zukunftsperspektiven und kontinuierlichem Lebenslauf.	Förderung des Berufseinstiegs und der Arbeitsqualität, Reduktion der Sozialausgaben.
Teilzeitarbeit	Schaffung mehr Teilzeit-Jobangebote.		AFIN	Gering	Mittel Verbesserte Work-Life-Balance.	Mittel Reduktion der Arbeitslosigkeit.
Mitarbeitenden-zufriedenheit	Erfassung der Mitarbeitendenzufriedenheit, Formulierung und Einleitung von Umsetzungsmassnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitendenzufriedenheit ist erfasst, Umsetzungsmassnahmen sind formuliert und eingeleitet.	AGEM, AKS, AVK, ALW, AfU, AFIN	Gering	Gross Verbesserte Mitarbeiterzufriedenheit und – gesundheit.	Mittel Reduktion der Ausfälle (burn-out, Krankheit, etc.).
Beschaffung Büromaterial	Es werden Nachhaltigkeitskriterien für die Büromaterialbeschaffung formuliert und angewendet.	Die kantonale Verwaltung beschafft ihre Büromaterialien nach Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung.		Mittel Diverse Bereiche	Mittel Diverse Bereiche	Mittel Diverse Bereiche
Beschaffung Mobiliar	Es werden Nachhaltigkeitskriterien für die Mobiliarbeschaffung formuliert und angewendet.		HBA	Mittel Diverse Bereiche	Mittel Diverse Bereiche	Mittel Diverse Bereiche
Investitionen	Prüfung der Wirtschaftlichkeit von Investitionen		HBA	Gering	Gering	Gross

Nutzung natürlicher Ressourcen			Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft
Ressourcenschutz	Wasser- und Papierverbrauch sowie Abfallmenge erfassen und vermindern	- Für 2008 sind die Verbrauchs-Daten erfasst. - Mindestens eine Massnahme zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurde umgesetzt.	ASO, AFIN, GESA, AfU	Reduktion des Ressourcenverbrauchs hat eine Verminderung der Umweltbelastung zur Folge	Auch wenn in einer Anfangsphase minimale Investitionen an Zeit und Geld häufig notwendig sind, sind finanzielle Einsparungen zu erwarten.
Schutz des Waldbodens vor Verdichtung	Umsetzungsprogramm zur Vermeidung/ Verminderung der Bodenverdichtung	Schulung der Betriebsleiter und der Forstunternehmer/Maschinenführer (Anzahl Kurse). Allenfalls verbindliche Vorgaben bei der Waldbewirtschaftung.	AWJF	Gross(Fruchtbarkeit der Waldböden)	Gross Positive Wirkung auf den Erholungsraum Wald und damit auf die Lebensqualität
					Klein

Sozialer Zusammenhalt, Demografie und Migration			Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft
Diese Schlüsselherausforderung gehört zu den Kernbereichen des Amts für Soziale Sicherheit ASO. Das ASO setzt aus diesem Grund bereits diverse Massnahmen in diesem Bereich um.					

Öffentliche Gesundheit, Sport und Bewegungsförderung			Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter	Umwelt	Gesellschaft
Gesundheit der Bevölkerung	Förderung von Bewegung und Sport im ausser-schulischen Bereich.	Zunahme der ausser-schulischen Sport- und Bewegungsangebote.	AKS, AVT	Mittel Reduktion von Lärm, Verkehr und CO ₂ -Emissionen (z.B. LOS)	Gross Verbesserte Gesundheit der Bevölkerung, weniger Belastung durch Verkehr
Gesundheit der Mitarbeitenden	Ernährungs-, Bewegungs- und Life-Balance-Beratung im	Mindestens eine Beratung pro Jahr findet im Amt statt.	ARP, GESA,	Gross Förderung von	Gross Verbesserte
					Mittel Geringere Gesundheitskosten

	Amt.			AVT, ASO, AKS	Produkten mit guter Ökobilanz möglich.	Gesundheit der Mitarbeitenden Förderung von Produkten aus dem fairen Handel möglich.	Gesundheitskost en
--	------	--	--	---------------------	---	---	-----------------------

Globale Entwicklungs- und Umweltherausforderungen					Mögliche relevante Wirkungen auf		
Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Ämter		Umwelt	Gesellschaft	Wirtschaft
Keine Ziele definiert	Keine Aktivitäten definiert		-	-	-	-	-